



# Wortprotokoll

der 35. Sitzung vom 15. November 1989

# Resoconto integrale

della seduta n. 35 del 15 novembre 1989

X. Legislatur  
X. Legislatura  
1988 - 1993

**SÜDTIROLER LANDTAG**  
**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA**  
**DI BOLZANO**

**SITZUNG 35. SEDUTA**

**15.11.1989**

**INHALTSVERZEICHNIS**

Beschlussantrag Nr. 40/89 vom 24.6.1989, eingebracht vom Abgeordneten Benedikter, betreffend die Bahnlinie im Vinschgau (Fortsetzung).  
..... Seite 4

Beschlussantrag Nr. 41/89 vom 10.7.1989, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend ein Maßnahmenpaket im Bereich des Strafvollzugs. .... Seite 5

Beschlussantrag Nr. 52/89 vom 26.10.1989, eingebracht vom Abgeordneten Frasnelli und SVP-Fraktion, betreffend den Aufbau eines Landesumweltinformationssystems. .... Seite 30

Landesgesetzentwurf Nr. 30/89: "Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Landes für das Haushaltsjahr 1988". .... Seite 46

Änderung der Personalordnung und des Stellenplanes des Südtiroler Landtages. .... Seite 64

**INDICE**

Mozione n. 40/89 del 24.6.1989, presentata dal consigliere Benedikter, riguardante la linea ferroviaria in Val Venosta (continuazione). . . . . pag. 4

Mozione n. 41/89 del 10.7.1989, presentata dal consigliere Viola, riguardante un intervento complessivo nel settore dell'esecuzione penitenziaria. .... pag. 5

Mozione n. 52/89 del 26.10.1989, presentata dal consigliere Frasnelli e gruppo SVP, riguardante un sistema provinciale per informazione sullo stato dell'ambiente. .... pag. 30

Disegno di legge provinciale n. 30/89: "Approvazione del rendiconto generale della Provincia per l'esercizio finanziario 1988". .... pag. 46

Modifica del Regolamento del personale e della pianta organica del Consiglio provinciale. . . . . pag. 64

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**ROSA FRANZELIN-WERTH**

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.13 UHR

*(Namensaufruf – Appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

**BRUGGER (Sekretär - SVP):** *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENTIN:** Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Es wurde 1 Beschluss eingebracht: Nr. 35/89: "Änderung der Personalordnung und des Stellenplanes des Südtiroler Landtages; von der Frau Präsidentin am 27.10.1989 eingebracht. Es wurden 9 Anfragen eingebracht: Anfrage Nr. 305/89 (Holzmann, Bolzonello), betreffend die Kautions für den Krankenhausaufenthalt in der 1. Klasse; Anfrage Nr. 306/89 (Kußtatscher), betreffend die Homogenisierung der Milch; Abfüllung in Glasflaschen; Anfrage Nr. 307/89 (Holzmann, Bolzonello, Montali, Benussi), betreffen den Umbau der ehemaligen Malzfabrik in Vilpian; Anfrage Nr. 308/89 (Holzmann, Bolzonello), betreffend Flugblatt, das an alle Mittelschüler gesandt wurde; Anfrage Nr. 309/89 (Pahl), betreffend den Beschluss der Tiroler Landesregierung bezüglich Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft; Dringende Anfrage Nr. 310/89 (Zendron, Tribus), betreffend das Nachtfahrverbot; Anfrage Nr. 311/89 (Pahl), betreffend die Grundschule in Pfatten; Anfrage Nr. 312/89 (Klotz), betreffend die Sanierung des Pfarrwidums von Weitental in der Gemeinde Vintl; Anfrage Nr. 313/89 (Kußtatscher), betreffend die Post-Matura-Kurse.

Folgende Anfragen wurden schriftlich beantwortet: Anfrage Nr. 260/89 (Tribus, Zendron), betreffend das Problem des festen Hausmülls in Bozen; vom LR Achmüller beantwortet. Anfrage Nr. 249/89 (Tribus, Langer), betreffend die Zufahrtsstraße von St. Valentin nach Rojen und zum Skigebiet Schöneben; vom LR Alber beantwortet. Anfrage Nr. 66/89 (Kaserer, Frasnelli, Kusstatscher, Bauer), betreffend die Eisenbahn Meran-Mals; vom LR Bolognini beantwortet. Anfrage Nr. 179/89 (Kaserer, Bauer, Frasnelli), betreffend die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung, Ministerium und Landesregierung zum Thema Eisenbahn Meran-Mals; vom LR Bolognini beantwortet. Dringende Anfrage Nr. 239/89 (Kaserer, Frasnelli, Bauer, Kußtatscher), betreffend den Eisenbahnverkehr zwischen Meran und Mals; vom LR Bolognini beantwortet. Anfrage Nr. 269/89 (Holzmann, Benussi, Bolzonello, Montali), betreffend

das Verschwinden von Gesuchen um Wohnbaudarlehen mit den jeweiligen Unterlagen; vom LR Bolognini beantwortet. Anfrage Nr. 242/89 (Holzmann), betreffend die Projektierung der Standseilbahn-Seiseralm; vom LR Achmüller beantwortet. Anfrage Nr. 199/89 (Holzmann, Mitolo, Montali, Benussi), betreffend die Bauflächen in der Gemeinde Bozen; vom LR Bolognini beantwortet. Anfrage Nr. 167/89 (Viola), betreffend die für einen Fußgänger- und Fahrradweg geeignete Trasse der ehemaligen Eisenbahnlinie Bozen-Kaltern; vom LR Ferretti beantwortet

Es wird mitgeteilt, dass von den Abg. Viola und Frasnelli ein neugefasster Text zum Beschlussantrag Nr. 41/89 vorgelegt worden ist.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Achmüller, Benussi, Brugger, Feichter, Frasnelli, Frick, Kofler, Kußstatscher, Mayr und Sfondrini entschuldigt.

Die Abgeordneten, welche normalerweise in der letzten Reihe sitzen, möchten die Güte haben und einen anderen Platz einnehmen, weil das Mikrofon auch heute noch nicht funktioniert. Pregherei il consigliere Montali di spostarsi nelle file più avanti, perché i microfoni dell'ultima fila non funzionano. Grazie.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 40/89 vom 24.6.1989, eingebracht vom Abgeordneten Benedikter, betreffend die Bahnlinie im Vinschgau"** (Fortsetzung).

Punto 6) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 40/89 del 24.6.1989, presentata dal consigliere Benedikter, riguardante la linea ferroviaria in Val Venosta"** (prosecuzione).

Wir haben das letzte Mal wegen Beschlussunfähigkeit von einer Abstimmung abgesehen, weil feststand, dass nicht genügend Abgeordnete im Saale waren. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Abgeordnete Benedikter einen schriftlichen Abänderungsantrag eingereicht hat; er bezieht sich darauf, dass er dies bereits in der Generaldebatte erklärt hat, aber schriftlich wurde nichts eingereicht. Wir sind jetzt in der Abstimmung, somit kann das nicht mehr als Abänderungsantrag gewertet werden, weil die Diskussion bereits abgeschlossen ist. Auch wenn Sie zuerst darauf hingewiesen haben, hätte der schriftliche Antrag da sein müssen, damit auch dazu diskutiert hätte werden können. Es scheint zwar in den Akten auf, dass Sie darauf hingewiesen haben, aber das kann jetzt nicht als integrierender Bestandteil, als Abänderung des Beschlussantrages angesehen werden, weil bereits die Diskussion abgeschlossen war.

Abgeordneter Benedikter, Sie müssen nach vorne gehen oder einen anderen Platz aussuchen, weil in der letzten Reihe, wenn man das Wort ergreifen will, das Mikrofon nicht funktioniert. Jedoch hat sich zum Fortgang der Arbeiten zuerst der Abgeordnete Frasnelli gemeldet.

Der Abgeordnete Frasnelli hat das Wort.

**FRASNELLI (SVP):** Frau Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich muss wie Sie feststellen, dass kein Abänderungsantrag vorgelegt worden ist, in der Tat auch jetzt nicht vorliegt, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum eingebracht werden könnte. Ich sage dies und verweise auf die Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages. Aus diesem Grunde ersuche ich im Sinne der Geschäftsordnung, zur Abstimmung zu schreiten. Danke.

**BENEDIKTER (UFS):** Auch ich kann nicht verlangen, dass die Präsidentin des Landtages die Geschäftsordnung verletzt, aber ich möchte nur geltend machen, dass ich in der Replik in aller Form erklärt habe, das ich einverstanden bin mit gewissen Änderungsanregungen, die gekommen sind, sei es von Montali, sei es vom Abgeordneten Bauer. Das ist sicher im Protokoll vermerkt.

**PRÄSIDENTIN:** Wie gesagt, im Sitzungssaal ist es vermerkt, es kann aber jetzt nicht integrierender Bestandteil sein.

Somit stimmen wir nun über diesen Beschlussantrag ab: bei 8 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Wie wir uns in der Fraktionssprechersitzung geeinigt hatten, behandeln wir nun den Tagesordnungspunkt 15, Beschlussantrag Nr. 52/89, betreffend den Aufbau eines Landesumweltinformationssystems, nachher behandeln wir den Gesetzentwurf Nr. 14, Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung, dann den Beschlussantrag Nr. 41/89 usw.

Der Abgeordnete Frasnelli hat das Wort.

**FRASNELLI (SVP):** Sehr geehrte Frau Präsident! Es stimmt, was Sie gesagt haben und ich bin dankbar, auch den Kollegen gegenüber, dass die Möglichkeit besteht, diesen Beschlussantrag jetzt zu behandeln, nur stelle ich fest, dass aller Voraussicht nach das Mitglied der Landesregierung, das die Stellungnahme der Landesregierung abgeben soll zu diesem Punkt, nicht anwesend ist. Mir ist es in der Theorie einverleitet, aber mögen Sie entscheiden.

**PRÄSIDENTIN:** Die Frage ist, ob auch die anderen Mitglieder dann einverstanden sind, ohne zuständigen Landesrat ihre Einwände zu machen. Der Landesrat Saurer war vorhin im Raum, somit könnten wir inzwischen den nächsten Beschlussantrag behandeln.

Punkt 7 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 41/89 vom 10.7.1989, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend ein Maßnahmenpaket im Bereich des Strafvollzugs**".

Punto 7) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 41/89 del 10.7.1989, presentata dal consigliere Viola, riguardante un intervento complessivo nel settore dell'esecuzione penitenziaria**".

Ich habe heute die Mitteilung gemacht, dass nun ein ergänzter Text vorliegt, mit folgendem Inhalt:

*Aus den derzeit geltenden Bestimmungen der Strafvollzugsordnung geht ganz klar hervor, dass bei der Behandlung der Inhaftierten die Achtung der Person durch verschiedene Arten von Umerziehung gewährleistet sein muss, die – auch durch Kontakte mit der Außenwelt – auf die volle Wiedereingliederung in die Gesellschaft abzielen müssen (Art. 1). Insbesondere sehen sie vor, dass bei der Behandlung der Häftlinge an erster Stelle die Ausbildung, die Arbeit, kulturelle Betätigungen, Freizeitbeschäftigung und Sport stehen sollen (Art. 15). Die vorrangigen Zielsetzungen bei der sozialen Wiedereingliederung von Häftlingen sollen weiters dadurch erreicht werden, indem die Beteiligung von Privatpersonen sowie öffentlichen und privaten Institutionen und Vereinigungen an der Umerziehung gefördert und organisiert wird (Art. 17).*

*Das Land Südtirol hat in dieser Hinsicht bereits einige wichtige Maßnahmen ergriffen, u.zw. sowohl direkt als auch über andere Körperschaften (Finanzierung der Freiwilligenvereinigungen, Betreuung der drogenabhängigen Häftlinge, wirtschaftliche Unterstützung der Familien von Häftlingen und ehemaliger Häftlinge, Ausbildungs- und Arbeitsverträge, Maßnahmen zugunsten jener Arbeitgeber, die sozial benachteiligte Personen einstellen, soziale Unterstützung der Familien von Häftlingen, Maßnahmen zugunsten von Minderjährigen, die straffällig geworden sind usw.).*

*All diese Initiativen müssen koordiniert und gezielt programmiert werden; außerdem braucht es Vereinbarungen mit dem Justizministerium, damit die Zusammenarbeit all jener, die sich um die Häftlinge kümmern, besser in die Tat umgesetzt werden kann.*

*Diese große Aufgabe der Umerziehung und sozialen Wiedereingliederung erfordert, um auf wirklich effiziente Weise durchgeführt werden zu können, eine einheitliche Initiative der öffentlichen Verwaltung und deren volle Mitarbeit mit der Gefängnisverwaltung, sei es während des tatsächlichen Aufenthaltes der Häftlinge in den Gefängnissen, sei es bei den Ersatzmaßnahmen zur Haft (bedingte Entlassung unter Führungsaufsicht, Hausarrest, Freigang) sowie in der Zeit unmittelbar nach der Entlassung.*

*Die Bereiche, in denen die Zusammenarbeit zwischen Landesverwaltung und Gefängnisverwaltung fruchtbringend und nützlich sein können, sind vielfältig:*

*Die Berufsausbildung.*

*Das Land kann sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gefängnisses Berufsausbildungslehrgänge veranstalten; dazu ist eine angemessene Planung derselben in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung, die die Neigungen und Fähigkeiten des Häftlings ermitteln muss, erforderlich. Inhalt der Lehrgänge können sowohl normale Ar-*

beitstätigkeiten, Handwerks- und handwerksähnliche als auch nicht mehr ausgeübte oder gemeinnützige Tätigkeiten sein. Aufgrund der Tatsache, dass die Haftstrafen der Häftlinge im Bezirksgefängnis in Bozen im Durchschnitt unter einem Jahr oder jedenfalls nie über drei Jahren liegen, und angesichts des Platzmangels im Gefängnis eignen sich nur kurze Berufsausbildungskurse, die nicht viel Platz für die Unterbringung der Behelfsmittel erfordern: Kurse für Köche, "Pizzaioli" und Hersteller von Fast-Food; Informatik-, Stenographie und Schreibmaschine-kurse; für die Frauenabteilung Kurse für Schönheitspflegerinnen, Kosmetikerinnen, Friseurinnen usw.

In jedem Fall ist ein einheitlicher Plan in Bezug auf die Berufsausbildung für ehemaligen Häftlinge zwecks deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess und für Personen, die Ersatzmaßnahmen unterworfen sind (Freigänger u.ä.) erforderlich. Dieser Plan muss sich auf eine Analyse des lokalen Arbeitsmarktes sowie der Charakteristiken und Bedürfnisse der Häftlinge stützen und möglichst eine rationelle Verbindung mit den innerhalb des Gefängnisses veranstalteten kurzen Berufsausbildungskursen vorsehen. Der Besuch der internen Berufsausbildungskurse ist sowohl durch die Gewährung von Beiträgen für jede besuchte Stunde als auch durch Studienprämien an die verdienstvollsten Kursteilnehmer zu fördern.

Maßnahmen zur Eingliederung der Häftlinge in den Arbeitsprozess.

Das Land kann auf diesem zur sozialen Wiedereingliederung unbestritten wichtigen Gebiet einen beträchtlichen Beitrag für die aktive Suche nach Arbeitsmöglichkeiten bei Privaten sowie bei Körperschaften und öffentlichen Organisationen leisten, indem es durch Information und Sensibilisierung etwaige Vorurteile, die möglicherweise unter den Arbeitgebern bestehen, abbaut und die Anstellung von Häftlingen und ehemaligen Häftlingen durch einen gezielten Einsatz von Ausbildungs- und Arbeitsverträgen fördert. Zu diesem Zwecke ist auf die bereits bestehenden Möglichkeiten und Programme für die praktische Ausbildung und für die Ausbildung im allgemeinen zurückzugreifen. Zudem ist es zweckmäßig, die Möglichkeit zu prüfen, ob in bestimmten Bereichen der öffentlichen Körperschaften Personen beschäftigt werden können, die Ersatzmaßnahmen unterworfen sind.

Zweckmäßig ist auch eine Koordinierung zwischen den Sozialassistenten der Gefängnisverwaltung und jenen der öffentlichen Körperschaften, um die Häftlinge auf kontinuierliche und organische Weise während der verschiedenen Phasen ihrer Eingliederung in den Arbeitsprozess im Auge zu behalten und um eng mit den Arbeitgebern zusammenzuarbeiten. Es ist auch die Möglichkeit zu überprüfen, die Bildung von Genossenschaften von ehemaligen Häftlingen zu fördern, denen gegebenenfalls gemeinnützige Aufgaben übertragen werden können (z.B. im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes), sowie im allgemeinen ihre Eingliederung in das Genossenschaftswesen zu unterstützen.

Arbeitsmöglichkeiten innerhalb des Gefängnisses.

Obwohl das Gefängnis von Bozen räumlich nicht dazu geeignet ist, muss der Versuch unternommen werden, die im Gefängnis laufenden Arbeitsprogramme zu fördern (Herstellung von Souvenirs, typische Frauenhandarbeiten usw.), wobei die Häftlinge bei der Suche

nach Aufträgen zu unterstützen sind und ihnen technisch und organisatorisch zur Seite gestanden werden soll, um ihre Erzeugnisse in den üblichen Vermarktungsprozess zu leiten; insbesondere soll die Möglichkeit geprüft werden, ob das Land und die öffentlichen Körperschaften Aufträge für die Produkte übernehmen können.

Die "Sammelstelle" für ehemalige und bedingt entlassene Häftlinge unter Führungsaufsicht oder für Personen, die Ersatzmaßnahmen unterworfen sind.

Eines der größten Probleme besteht darin, dass keine Einrichtung vorhanden ist, die in der Lage wäre, Kost und Logis zu bieten und die eine erste Zufluchtsstätte in der schwierigen Zeit zwischen der Entlassung aus dem Gefängnis und der vollen Wiedereingliederung in das soziale Leben darstellen würde. Abgesehen von Kost und Verpflegung kann diese Einrichtung auch andere Arten von Betreuung bieten: psychologische Zusprache, Information und Beratung, Verteilung von Hilfsmitteln usw. Zudem muss bei der Entlassung und für die erste Zeit der Wiedereingliederung ins soziale Leben rechtzeitig eine angemessene wirtschaftliche Unterstützung gewährt werden.

Es ist daher äußerst wichtig und dringend, dass das Land – direkt oder im Rahmen eines Abkommens mit der Gemeinde Bozen oder mit Fürsorgevereinigungen – ehestens diese unabdingbare Einrichtung schafft.

Ansporn zu kulturellen, Freizeit- und sportlichen Tätigkeiten.

Die bisher innerhalb des Gefängnisses durchgeführten Tätigkeiten (Sprachkurse, Yoga, Philosophie, Malerei, Basteln, Theater, Dichtung usw.) waren zwar an und für sich äußerst positiv, sie wurden jedoch nicht kontinuierlich veranstaltet und es fehlte eine entsprechende Planung.

Auf diesem Gebiet gäbe es außerordentliche Möglichkeiten, sei es nun im rein kulturellen Bereich, sei es was die Freizeitgestaltung und die Gymnastik bzw. den Sport angeht (Flugball, Tischtennis, Body Building usw.). All dies würde sich sehr positiv auf die Lebensqualität der Gefängnisinsassen auswirken. Es ist somit wichtig, dass das Land eingreift und ein organisch aufgebautes Aktionsprogramm in Bezug auf Kultur, Freizeitgestaltung und sportliche Betätigung erarbeitet, das sowohl direkt als auch über Abkommen mit den kulturellen und Freizeitvereinigungen durchzuführen ist.

Ebenso notwendig ist eine spezifische Ausbildung jener, die kulturell in einer schwierigen und komplexen Situation, wie sei eben im Gefängnis besteht, tätig werden sollen. Wenn möglich sollten auch die Bediensteten der Gefängnisverwaltung dazu herangezogen werden. Falls die Gefängnisverwaltung dazu nicht in der Lage ist, sollte das Land überdies den Ankauf der für die verschiedenen Tätigkeiten nötigen Einrichtungen und Geräte finanzieren: für die Musikerziehung, den Sprach- und Sportunterricht, für die Herstellung einer internen Zeitung der Häftlinge und verschiedener Veröffentlichungen usw.

All diese Initiativen erfordern eine angemessene Koordinierung der beiden Landesassessorate für Unterricht und Kultur, die zu einem ständigen Bezugspunkt für Organisation und Einsatz werden müssen.

Schulunterricht.



Derzeit läuft im Gefängnis von Bozen ein Lehrgang für die Pflichtmittelschule. Zusätzlich könnte in diesem Zusammenhang nach vorheriger Absprache mit dem Hauptschulamt eine Aus- und Fortbildungsmöglichkeit für Lehrer, eine etwaige Veranstaltung von kulturellen Grundkursen in Allgemeinwissen sowie ein Nachhilfeunterricht für jene Häftlinge vorgesehen werden, die gegebenenfalls daran interessiert sind, Prüfungen der Oberschule abzulegen. Weiters ist die Möglichkeit zu prüfen, innerhalb des Gefängnisses Kurse für die Erlangung des Zweisprachigkeitsnachweises zu organisieren. Wichtig sind auch der Ausbau der Gefängnisbibliothek und der Zeitschriftensammlung, eine etwaige Ausbildung der in der Bibliothek tätigen Häftlinge sowie Maßnahmen, um auch in diesem spezifischen Bereich die Mitarbeit von freiwilligen Helfern zu fördern.

#### *Freiwillige Mitarbeit.*

Die freiwilligen Mitarbeiter leisten bereits jetzt einen wertvollen Dienst für das Gefängnis. Das Land kann hier eingreifen und die Tätigkeit der freiwilligen Helfer durch Fortbildungskurse unterstützen und ihnen mehr Strukturen und Dienste zur Verfügung stellen.

#### *Betreuung der drogenabhängigen Häftlinge.*

Dazu ist eine organische Zusammenarbeit zwischen Land, Sanitätseinheiten, privaten sozialen Vereinigungen, zuständiger Gerichtsbehörde und Gefängnispersonal erforderlich, wobei den Programmen, die von den Mitarbeitern der besagten Institutionen, Vereinigungen und Körperschaften vereinbart werden und die auch im Verlauf der Haft durchzuführen sind, besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Zu diesem Zwecke muss die derzeitige Vereinbarung zwischen den Sanitätseinheiten und dem Gefängnis von Bozen überarbeitet und jenem Entwurf angepasst werden, der von der Staatlichen Kommission für die Beziehungen der Regionen und dem Justizministerium genehmigt wurde.

#### *Die Sensibilisierung der Bevölkerung.*

Eine der größten Schwierigkeiten, die sich der sozialen Wiedereingliederung der Häftlinge in den Weg stellen, sind die Vorurteile der Gesellschaft. Hier gilt es, in diesem Zusammenhang eine breitgestreute Sensibilisierungsarbeit zu leisten und hierbei immer mehr Teile der Bevölkerung, angefangen bei den Schülern, anzusprechen. Vieles kann in diesem Sinne von den Landesassessoraten für Unterricht und Kultur geleistet werden, und zwar durch kulturelle Initiativen in der Schule, durch Diskussionen und Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung, durch die Organisation von Treffen mit ehemaligen Häftlingen usw.; hierbei soll, ganz im allgemeinen, versucht werden, die psychologische und kulturelle "Mauer" an Vorurteilen und Misstrauen, die seit jeher in der Vorstellung der Allgemeinheit das Gefängnis umgibt, so weit wie möglich abzubauen.

#### *Gefängniswärter und -wärterinnen.*

Eine entscheidende Rolle für die Situation im Gefängnis spielen die Wärter und Wärterinnen. Das Land kann auch auf diesem Gebiet eingreifen und bei der Gefängnisverwaltung prüfen, ob die Möglichkeit bestünde, eigene (sozial-psychologische, rechtliche, kulturelle usw.) Fortbildungskurse auch für diese Kategorie von Gefängnisbediensteten zu organisieren, damit diese eine bessere Qualifikation und eine Aufwertung erlangen.

*Der Bau eines neuen Gefängnisses.*

*Das derzeitige Gefängnis von Bozen verfügt nicht über die Räume, um eine entsprechende Behandlung zu gewährleisten. Das Gebäude wurde Ende des letzten Jahrhunderts gebaut und die wenn auch zahlreichen Umbauten konnten das Problem des chronischen Platzmangels nicht aus der Welt schaffen. Die derzeitigen 120-150 Häftlinge (das Gefängnis böte eigentlich nur Platz für 50-60) sind somit nicht entsprechend untergebracht, eine Situation, die durch das Fehlen von Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien noch verschärft wird (der Hof reicht nämlich nicht aus).*

*Bekanntlich wäre zu einem früheren Zeitpunkt das Ministerium bereit gewesen, den Bau eines neuen Gefängnisses zu übernehmen, doch da kein Baugrund zur Verfügung stand, war das nicht möglich. Nun ist der Augenblick gekommen, die gesamte Angelegenheit erneut zu prüfen und sich ernsthaft dafür einzusetzen, um das nötige Grundstück ausfindig zu machen, auf dem ein neues und angemesseneres Gefängnis gebaut werden kann.*

*Das Land muss sich in enger Zusammenarbeit mit dem Justizministerium an der Suche nach geeigneten Grundstücken beteiligen; auch die betroffenen Gemeindeverwaltungen sind zu sensibilisieren. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass eine weibliche Sektion in Südtirol verbleibt.*

*Gesundheitsfürsorge.*

*Die Gesundheitsfürsorge innerhalb des Gefängnisses wird von der Gefängnisverwaltung und jene außerhalb von der Sanitätseinheit sichergestellt. Wichtig ist jedoch eine bessere Koordinierung und vor allem der Ausbau der fachärztlichen Untersuchungen innerhalb des Gefängnisses. Auf diesem Gebiet bedarf es einer Vereinbarung mit der Sanitätseinheit, damit im Gefängnis bestmöglichstenfalls wichtige fachärztliche Dienste gewährleistet sind: z.B. Gynäkologie, Psychiatrie, Neurologie, Psychotherapie, Dermatologie und Augenheilkunde.*

*Das Amt für Gefängnisse.*

*Die oben vorgeschlagenen Initiativen betreffen verschiedene Ressorts der Landesverwaltung. Es ergibt sich somit die Zweckmäßigkeit, ein "Amt für Gefängnisse" einzurichten, dem die Aufgabe übertragen wird, für die Dokumentation, die Untersuchung und die allgemeine Koordinierung in Bezug auf die Maßnahmen des Landes auf diesem Sachgebiet zu sorgen. Zudem ist es zweckmäßig, die Landeskommision für das Einvernehmen und die Zusammenarbeit zwischen Justizministerium, Land und anderen sozialen Vereinigungen und Körperschaften, die in der vergangenen Legislatur bestanden hat, wieder zu errichten; sie hat die Aufgabe, alle Initiativen in diesem Bereich zu koordinieren.*

*All dies vorausgeschickt,*

*beschließt*

*der Südtiroler Landtag,*

*die Landesregierung zu verpflichten, ein Maßnahmenpaket im Bereich des Strafvollzugs sicherzustellen, das Folgendes vorsehen soll:*

*a) die Errichtung einer "Sammelstelle" voranzutreiben, um Kost und Logis für bedingt entlassene Häftlinge unter Führungsaufsicht und*

- ehemalige Häftlinge, die sich in einer Notlage befinden, sowie als erste Anlaufstelle sicherzustellen;*
- b) ein Programm für die Berufsausbildung innerhalb und außerhalb des Gefängnisses zu erstellen;*
- c) Arbeitsmöglichkeiten innerhalb des Gefängnisses zu fördern und zu unterstützen;*
- d) ein Aktionsprogramm in Bezug auf die Eingliederung in den Arbeitsprozess für ehemalige oder für bedingt entlassene Häftlinge unter Führungsaufsicht oder für Freigänger zu erarbeiten, das verschiedene Arten von Begünstigung und Beratung von Arbeitgebern vorsieht;*
- e) einen Plan in Bezug auf den Ansporn zu kulturellen, Freizeit- und sportlichen Tätigkeiten zu erstellen, ebenso in Bezug auf die Veranstaltung von eigenen Ausbildungslehrgängen für die entsprechenden Mitarbeiter, wobei die Verwaltung unmittelbar und/oder über Abkommen mit den einschlägigen Vereinigungen eingreifen soll;*
- f) den Schulunterricht zu unterstützen, und zwar durch Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer im Staatsdienst, die für Grundkurse und Mittelschulkurse herangezogen werden, und die Möglichkeit zu prüfen, Lehrgänge für die Oberschule sowie für die Erlangung des Zweisprachigkeitsnachweises zu veranstalten;*
- g) zur Finanzierung von Büchern, Lehrmaterial und audiovisuellen Hilfsmitteln beizutragen;*
- h) die freiwilligen Mitarbeiter durch Ausbildungskurse und Strukturen und Dienste zu unterstützen;*
- i) die Bevölkerung, angefangen bei der Schule, in Bezug auf die Problematik des Gefängnisses und die soziale Wiedereingliederung der ehemaligen Häftlinge zu sensibilisieren;*
- l) die Möglichkeit zu prüfen, zur beruflichen Aus- und Fortbildung der Gefängniswärter und -wärterinnen beizutragen;*
- m) die Möglichkeit zu prüfen, ein neues Gefängnis zu bauen;*
- n) die fachärztliche Betreuung innerhalb des Gefängnisses auszubauen;*
- o) ein eigenes Dokumentations-, Forschungs- und Koordinationszentrum, das die in den Prämissen angeführte wiedererrichtete Landeskommision für das Einvernehmen und Zusammenarbeit bei der Ausübung ihrer Tätigkeit unterstützt.*

-----

*Le norme attualmente vigenti dell'Ordinamento Penitenziario evidenziano con grande chiarezza che il trattamento dei detenuti deve assicurare il rispetto della persona con forme di rieducazione che devono tendere, anche attraverso i contatti con l'ambiente esterno, al pieno reinserimento sociale (art. 1). In particolare, esse prevedono che il trattamento del detenuto debba svolgersi avvalendosi principalmente dell'istruzione, del lavoro, delle attività culturali, ricreative e sportive (art. 15). Le finalità prioritarie del reinserimento sociale dei detenuti debbono inoltre essere perseguite anche sollecitando ed organizzando la partecipazione di privati e di istituzioni ed associazioni pubbliche e private all'azione rieducativa (art. 17).*

*La Provincia autonoma di Bolzano sta già svolgendo in questo ambito alcune funzioni importanti sia direttamente, sia attraverso l'opera di altri Enti (finanziamento delle associazioni di volontariato, assistenza ai detenuti tossicodipendenti, assistenza economica alle*

*famiglie di detenuti e agli ex-detenuti, formazione-lavoro, provvidenza per i datori di lavoro che assumono persone socialmente svantaggiate, trattamento sociale di situazioni familiari di detenuti, misure a favore di minori responsabili di fatti penalmente rilevanti ecc.).*

*Tutte le iniziative sopra elencate vanno calate in un contesto coordinato ed in una programmazione mirata nonché in atti formali (convenzioni) con il Ministero di Grazia e Giustizia, in modo che la collaborazione fra tutti coloro che si occupano dei detenuti abbia una maggiore efficacia operativa.*

*Questo grande compito di rieducazione e di reinserimento sociale richiede, per poter essere svolto in modo veramente efficace, un organico intervento dell'ente pubblico ed una sua piena collaborazione con l'Amministrazione penitenziaria, sia nel corso del trattamento carcerario vero e proprio, sia nel corso delle misure alternative alla detenzione (affidamento in prova, detenzione domiciliare, regime di semilibertà), sia nella fase susseguente alla definitiva scarcerazione.*

*I settori in cui la collaborazione fra l'Amministrazione provinciale e l'Amministrazione penitenziaria possono essere utili e produttivi sono molteplici:*

*La formazione professionale.*

*La Provincia può intervenire con corsi di formazione professionale sia dentro che fuori dal carcere attraverso una adeguata programmazione degli stessi, d'intesa con l'orientamento professionale (che dovrà individuare le capacità del detenuto), sia verso le normali attività lavorative, sia verso sbocchi lavorativi di tipo artigianale o di recupero dei mestieri non più praticati o di attività socialmente utili. Date le caratteristiche della popolazione carceraria della casa circondariale di Bolzano, costituita da detenuti con condanne mediamente inferiori ad un anno e comunque mai superiori a tre anni, e tenuto conto della ristrettezza di spazio della struttura carceraria, sono adeguati solo corsi professionali brevi e tali da non richiedere molto spazio per ospitare le attrezzature: corsi per cuochi, pizzaioli, preparatori di fast food; corsi di informatica e di stenodattilografia; per la sezione femminile corsi per estetiste, visagiste, parrucchiere ecc.*

*E' in ogni caso necessario un organico piano di formazione professionale per ex-detenuti in vista del loro inserimento lavorativo nonché per soggetti sottoposti a misure alternative (semilibertà e altre). Esso deve basarsi su un'analisi del mercato del lavoro locale e delle caratteristiche e delle esigenze dei detenuti, e dovrà possibilmente prevedere un razionale collegamento con i corsi professionali brevi organizzati all'interno del carcere. La frequenza dei corsi professionali interni va incentivata sia corrispondendo contributi per ogni ora di frequenza, sia conferendo premi di studio ai frequentanti più meritevoli.*

*Interventi per l'inserimento lavorativo dei detenuti.*

*La Provincia può dare in questo settore di decisiva importanza ai fini del recupero un notevole contributo per ricercare attivamente presso privati e presso enti ed organizzazioni pubbliche occasioni d'impiego, facendo opera di informazione e promozione onde rimuovere eventuali pregiudizi che fossero presenti fra i datori di lavoro, e incentivando l'impiego di detenuti ed ex-detenuti con un uso mirato*

dei contratti di formazione-lavoro. A tal fine vanno utilizzate le risorse già esistenti o i programmi in atto per tirocinii e formazione. E' opportuno inoltre esaminare se presso gli Enti pubblici è possibile creare occasioni di lavoro, in settori definiti, per persone soggette a misure alternative.

E' anche opportuno che vi sia un'azione coordinata fra gli assistenti sociali dipendenti dell'Amministrazione penitenziaria e quelli dipendenti da enti pubblici per seguire i detenuti in modo continuativo ed organico durante le varie fasi del loro inserimento lavorativo e per collaborare strettamente con i datori di lavoro. E' anche necessario verificare la possibilità di incentivare la formazione di cooperative di ex-detenuti, da impiegare anche, eventualmente, in attività di pubblica utilità (ad esempio, nella cura e nel ripristino dell'ambiente e del territorio) e di incentivare, in genere, il loro inserimento in tutto il tessuto della cooperazione.

*Attività lavorative all'interno del carcere.*

Pur tenendo conto dell'inadeguatezza degli spazi del carcere di Bolzano, occorre esperire il tentativo di sostenere i programmi di lavoro all'interno del carcere (produzione di souvenirs, prodotti tipici dei "lavori femminili" ecc.), aiutando i detenuti nella ricerca di ordinazioni e fornendo un adeguato apporto tecnico-organizzativo per l'inserimento dei prodotti nei normali canali di commercializzazione ed in particolare esaminando la possibilità che la Provincia e gli Enti pubblici garantiscano commesse per i prodotti.

Il centro di "accoglimento" per ex-detenuti o detenuti in regime di affidamento, o con altre misure alternative.

Uno dei maggiori problemi è costituito dalla mancanza di una struttura di accoglienza che sia in grado di fornire vitto e alloggio e che consenta un primo ed immediato intervento nel difficile momento rappresentato dall'intervallo fra l'uscita dal carcere e il pieno reinserimento nella vita sociale. Tale struttura può inoltre fornire, oltre al vitto e all'alloggio, anche altri tipi di assistenza: sostegno psicologico, informazione e consulenza, distribuzione di sussidi ecc. Occorre inoltre garantire un'adeguata e tempestiva assistenza economica al momento della dimissione e per il primo periodo dell'inserimento sociale.

E' quindi particolarmente importante ed urgente che la Provincia, direttamente o in convenzione con il Comune di Bolzano o con l'associazionismo assistenziale, predisponga quanto prima questa indispensabile struttura di intervento.

*Animazione culturale, ricreativa, sportiva.*

Le attività finora svolte all'interno del carcere (corsi di lingue, yoga, filosofia, pittura, bricolage, animazione teatrale, poesia ecc.) pur in sé molto positive, hanno tuttavia difettato di continuità e di una programmazione adeguata.

In questo campo vi sono straordinarie possibilità di intervento, sia sul piano strettamente culturale, sia su quello ricreativo e ginnico-sportivo (pallavolo, ping-pong, body building ecc.), che avrebbero effetti notevolmente positivi sulla qualità della vita della popolazione carceraria. E' quindi importante che la Provincia intervenga per predisporre un organico piano di intervento culturale, ricreativo e sportivo da realizzare sia direttamente, sia in convenzione con l'associazionismo culturale e ricreativo.

*E' altresì evidente la necessità di una specifica attività di formazione degli operatori culturali che dovranno intervenire in una realtà difficile e complessa come quella di una casa di detenzione, in cui coinvolgere, se possibile, anche gli operatori dipendenti dall'Amministrazione penitenziaria. La Provincia dovrebbe inoltre, qualora ciò non fosse possibile per l'Amministrazione penitenziaria, finanziare l'acquisto delle attrezzature necessarie per le varie attività: attrezzature per l'educazione musicale, linguistica, sportiva, per l'attività di stampa (giornale interno dei detenuti e pubblicazioni varie) ecc.*

*Tutto quanto sopra detto va appropriatamente svolto mediante un coordinamento dei due Assessorati alla Cultura, i quali dovranno fungere da punto di riferimento costante sul piano organizzativo e operativo.*

*Istruzione scolastica.*

*Attualmente è attivato nel carcere di Bolzano un corso di scuola media dell'obbligo. In aggiunta, un intervento in materia può prevedere, previo accordo con la Sovrintendenza scolastica, un'attività di formazione e di aggiornamento degli insegnanti, una eventuale organizzazione di corsi culturali di base ed un sostegno didattico specifico a quei detenuti che fossero eventualmente interessati a sostenere esami di scuola media superiore. Va inoltre verificata la possibilità di organizzare all'interno del carcere corsi per il conseguimento del "patentino". E' anche importante un intervento per il potenziamento della biblioteca del carcere e dell'emeroteca, per la eventuale formazione di detenuti bibliotecari e per favorire anche in questo specifico settore l'intervento del volontariato.*

*Il volontariato.*

*Il volontariato sta già svolgendo un'opera preziosa in favore del carcere. La Provincia può qui intervenire sostenendo l'attività dei volontari con corsi di formazione e mettendo maggiormente a disposizione strutture organizzative e servizi.*

*Assistenza ai detenuti tossicodipendenti.*

*Questa deve avvenire sviluppando una organica collaborazione fra la Provincia, le U.S.L., il privato sociale, la magistratura di sorveglianza e il personale carcerario, con particolare attenzione ai programmi di intervento, concordati fra gli operatori delle istanze in questione, da svolgersi coerentemente anche nel corso della detenzione. A tal fine occorre aggiornare la convenzione attualmente in atto fra le U.S.L. e la casa circondariale di Bolzano, adeguandola a quanto previsto da un'apposita bozza di convenzione approvata dalla Commissione Nazionale per i Rapporti fra le Regioni e il Ministero di Grazia e Giustizia.*

*La sensibilizzazione della popolazione.*

*Una delle maggiori difficoltà che ostacolano il reinserimento sociale dei detenuti è rappresentata dai pregiudizi della società nei loro confronti. Si pone qui il compito di avviare una vasta opera di sensibilizzazione sulla tematica in questione che coinvolge settori sempre più ampi di popolazione a partire dal mondo scolastico. Molto può essere fatto in questo senso dagli Assessorati provinciali all'istruzione e cultura con iniziative culturali nella scuola, con dibattiti e conferenze per la popolazione, organizzando incontri con ex-dete-*

nuti ecc.; e cercando, in generale, di ridurre il più possibile il "muro" psicologico e culturale di pregiudizio e diffidenza che circonda da sempre il carcere nell'immaginario collettivo.

*Agenti di custodia e vigilatrici.*

Un ruolo decisivo nel trattamento carcerario è svolto dagli agenti di custodia e dalle vigilatrici. La Provincia può intervenire anche in questo campo verificando presso l'Amministrazione penitenziaria la possibilità di contribuire con appositi corsi di formazione (di tipo socio-psicologico, giuridico, culturale ecc.) anche per queste categorie di operatori carcerari ad una loro maggiore qualificazione e valorizzazione.

*La costruzione di un nuovo carcere.*

L'attuale carcere di Bolzano non ha gli spazi necessari per assicurare un trattamento efficace. L'edificio risale alla fine del secolo scorso e i pur numerosi lavori di ristrutturazione non hanno potuto risolvere il problema rappresentato da una cronica mancanza di spazio. Gli attuali 120-150 detenuti (il carcere non potrebbe propriamente ospitare più di 50-60) hanno dunque una sistemazione inadeguata, aggravata dall'indisponibilità di spazi esterni (il cortile è infatti insufficiente).

E' noto che in passato il Ministero sarebbe stato disposto a finanziare la costruzione di un nuovo carcere, ma che ciò non fu possibile per mancanza di aree. E' giunto il momento di riesaminare l'intera questione e di fare un serio sforzo per reperire l'area necessaria per costruire una nuova e più adeguata struttura.

La Provincia dovrà collaborare al reperimento di aree idonee, in stretta collaborazione con il Ministero di Grazia e Giustizia, sensibilizzando le amministrazioni comunali interessate. Per la Provincia autonoma di Bolzano occorre prevedere il permanere di una sezione femminile.

*L'assistenza sanitaria.*

L'assistenza sanitaria intramuraria è assicurata dalla Amministrazione penitenziaria e quella extramuraria dalla U.S.L. E' necessario tuttavia un migliore coordinamento e soprattutto il potenziamento delle visite specialistiche interne al carcere. Occorre in questo campo una convenzione con l'U.S.L., in modo che siano assicurati nel carcere servizi specialistici di comprovata utilità: ad esempio ginecologia, psichiatria, neurologia, psicoterapia, dermatologia e oculistica.

*L'ufficio carceri.*

Gli interventi sopra proposti riguardano settori diversi dell'Amministrazione provinciale. Diviene quindi opportuna l'istituzione di un "ufficio carceri" con funzione di documentazione, ricerca e coordinamento generale del complesso degli interventi della Provincia in tutto questo settore. E' inoltre opportuna la ricostituzione della Commissione provinciale di intesa e collaborazione fra il Ministero di Grazia e Giustizia, la Provincia e le altre istanze sociali, già operante nella scorsa legislatura, con compiti di coordinamento di tutte le iniziative nel settore.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera

*di impegnare al Giunta ad assicurare un intervento complessivo nel settore dell'esecuzione penitenziaria che preveda:*

*a) di promuovere l'istituzione di un "centro di accoglienza" per assicurare vitto e alloggio per detenuti in affidamento ed ex-detenuti in stato di necessità, e come centro per interventi di prima assistenza;*

*b) di predisporre un piano di formazione professionale intramuraria ed extramuraria;*

*c) di promuovere e sostenere possibilità di lavoro all'interno del carcere;*

*d) di predisporre un piano di interventi per l'inserimento lavorativo di ex-detenuti o di detenuti in affidamento e semilibertà, che preveda forme di incentivazione e di consulenza per i datori di lavoro;*

*e) di predisporre un piano di animazione culturale, ricreativa e sportiva, comprensivo di appositi corsi di formazione per gli operatori, con intervento diretto dell'Amministrazione e/o in convenzione con l'associazionismo;*

*f) di sostenere l'istruzione scolastica, con forme di aggiornamento per insegnanti statali impegnati nei corsi di formazione di base e di scuola media inferiore, e di verificare la possibilità di sostenere corsi per la scuola media superiore e per il conseguimento del "patentino";*

*g) di contribuire a finanziare l'acquisto di libri, di materiale didattico e di sussidi audiovisivi;*

*h) di sostenere il volontariato con corsi di formazione e con strutture organizzative e servizi;*

*i) di sensibilizzare la popolazione, a cominciare dal mondo della scuola, sulla problematica del carcere e del reinserimento sociale degli ex-detenuti;*

*l) di verificare la possibilità di contribuire alla formazione e all'aggiornamento professionale di agenti di custodia e vigilatrici;*

*m) di verificare la possibilità di costruzione di un nuovo carcere;*

*n) di potenziare l'assistenza medica specialistica all'interno del carcere;*

*o) un'idonea struttura di documentazione, ricerca e coordinamento in appoggio alle funzioni della ricostituita Commissione provinciale di intesa e collaborazione citata nelle premesse.*

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**Comm. ALDO BALZARINI**

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Viola.

**VIOLA (PCI):** Prima di passare ad una rapida illustrazione della mozione, vorrei spendere qualche parola per illustrare il metodo con cui si è arrivati a questo testo, perché secondo me è una cosa che ha un suo interesse. Io ho presentato questa mozione qualche tempo fa e in seguito c'è stato un incontro fra il sottoscritto e l'assessore Saurer, a cui hanno partecipato anche suoi tecnici e il direttore del carcere per esaminare la mozione nella sua prima stesura in maniera approfondita. E' stato un



incontro molto positivo, c'è stato un lavoro di rielaborazione di questo testo, fatto in particolare dal dott. Dalla Torre dell'Assessorato alla sanità, e il risultato finale è stato una mozione che contiene tutto quanto c'era nella mozione originaria con delle integrazioni ed aggiunte che l'anno migliorata. Per questo vorrei ringraziare l'assessore Saurer, il suo assessorato e anche il dott. Dalla Torre, che ha rivelato in questo oltre che competenza anche grande interesse ed impegno, perché è stato possibile con questo tipo di collaborazione giungere ad un risultato migliore.

Il testo della mozione è stato anche spedito ad altri Assessori, alla pubblica istruzione, alla formazione professionale, e anche questo ha avuto senz'altro una sua funzione positiva, e questo spiega fra l'altro come sia possibile arrivare ad una mozione firmata da due partiti, e quindi ringrazio anche il capogruppo della SVP per questo suo contributo.

Sarebbe opportuno che altre mozioni che verranno in futuro, almeno quelle più importanti, quelle su cui c'è unità di interessi ed intenti, fossero sottoposte a questo lavoro di collaborazione fra più partiti anche coinvolgendo i tecnici interessati.

Nel merito la mozione è già abbastanza dettagliata, quindi farò solo alcune sottolineature. Posso dire che nasce dal fatto che ho avuto l'opportunità e direi anche la fortuna di fare un'esperienza concreta negli ultimi due anni insegnando filosofia all'interno del carcere. Questo mi ha consentito di entrare in contatto con la realtà carceraria direttamente, con i detenuti, con gli operatori, dal direttore, agli agenti di custodia, alle vigilatrici e a tutto il personale che lavora all'interno di questo carcere. Fra l'altro colgo l'occasione per ringraziare questo personale, che si è sempre dimostrato estremamente attento e disponibile al dialogo e comunque cosciente dei gravissimi problemi che sono all'interno di questo come di tutte le carceri d'Italia e di tutto il mondo.

Questa esperienza, che è stata sul piano professionale ed umano estremamente interessante, consente però anche di entrare in contatto con una realtà che è obiettivamente drammatica, la drammaticità di tutte le carceri di tutto il mondo, con in più il fatto che negli ultimi tempi la popolazione carceraria non solo di Bolzano, ma di tutta Italia e credo di tutta Europa, ha variato la sua composizione nel senso che vi sono moltissimi tossicodipendenti. E questo crea problemi ulteriormente gravi, aggiuntivi, che rendono sempre più urgente la necessità di un intervento complessivo per effettuare il massimo sforzo possibile per cercare di affrontare questa realtà.

Passando ad una rapida sottolineatura di alcuni punti, è importante la premessa di questa mozione, che è ripresa dalla legislazione vigente. Anche se le carceri italiane non sono fra le più avanzate d'Europa, hanno tuttavia una legislazione che è sicuramente moderna ed avanzata. E la cosa fondamentale da tenere presente è che nell'attuale legislazione la prigione è vista come luogo di trattamento pedagogico-culturale. Si dice che il trattamento dei detenuti deve assicurare il rispetto della persona con le forme di rieducazione attraverso i contatti con l'ambiente esterno e con un pieno reinserimento sociale. In particolare la legge prevede l'intervento di organizzazioni

esterne e degli enti pubblici per favorire questa opera di rieducazione che deve avvalersi dell'istruzione, delle attività culturali, ricreative e sportive. La Provincia di Bolzano sta già facendo molto in questo campo, nel senso che vari Assessorati entrano in contatto con la realtà carceraria per questioni di lavoro; va però ricordato che siamo di fronte alla necessità di un ulteriore passaggio di qualità, che deve riguardare sia la quantità di intervento che il suo coordinamento.

Uno dei punti fondamentali di questa mozione è la formazione professionale, che già la Provincia sta curando; io ritengo che la cosa vada ulteriormente estesa e coordinata, sia all'interno del carcere che al di fuori. La caratteristica della popolazione carceraria è tale, per cui ci possono essere persone che hanno la durata media di soggiorno da uno a tre anni, e soprattutto per la questione degli spazi soltanto alcune delle attività che qui elenco sono pensabili, sia nella sezione maschile che femminile. Soprattutto è necessaria una formazione professionale per gli ex detenuti nel momento delicatissimo dell'uscita dal carcere e del reinserimento sociale, unica cosa che può far sperare che non ci sia la ricaduta e il ritorno al carcere, cosa che invece avviene purtroppo con grande frequenza. C'è quindi un problema di inserimento lavorativo oltre che di formazione professionale interna, coordinata con la formazione professionale e l'inserimento lavorativo esterno; c'è il problema di incentivare cooperative di ex detenuti; c'è un problema di vedere ed eventualmente di dare degli incarichi da svolgere a queste cooperative; c'è un problema di presenza dell'ente pubblico in tutto questo settore.

Un'altra questione è il centro di accogliimento per ex detenuti in regime di affidamento o con altre misure alternative, perché quando il detenuto esce a volte vi sono delle situazioni in cui non c'è la struttura ad hoc che gli consenta quel periodo delicatissimo e decisivo, che è il momento in cui esce dal carcere, un centro che non gli dia soltanto accoglienza, ma anche sostegno psicologico, finanziario, ecc. Ho visto le esperienze positive di Bologna, ho sentito di recente un'intervista con un sacerdote che fa un'opera meritoria da molto tempo nel carcere, padre Markus Feldig, il quale sostiene anche lui la necessità di questa cosa.

C'è poi tutto il capitolo dell'animazione culturale, ricreativa e sportiva. Qui c'è soltanto l'imbarazzo della scelta e io propongo che ci sia un piano organico che coordini diversi assessorati e soprattutto il ricchissimo associazionismo culturale che può fornire esperti, volontari, relatori, sia sul piano dell'attività culturale generale che su quella sportiva. I detenuti per mancanza di spazio non possono fare molto, ma il ping-pong, la pallavolo, ecc., potrebbe essere resa ancora più interessante da istruttori appositi.

C'è tutto il problema dell'istruzione scolastica interna, dell'aggiornamento degli insegnanti, di potenziare il volontariato; c'è il problema di coordinare in maniera razionale i tossicodipendenti e via via tutte le altre cose che non posso elencare per mancanza di tempo, compresa un'eventuale proposta di collaborazione con

l'amministrazione penitenziaria per corsi di aggiornamento a favore degli stessi agenti di custodia e delle vigilatrici.

Tocco poi anche la questione del nuovo carcere, perché so che l'attuale è insufficiente. Vediamo come va con il nuovo codice, ma più di tanto questo carcere non può essere né migliorato né cambiato. Ci sono problemi di spazio e di strutture senza le quali una vera e propria attività di rieducazione non è possibile.

Infine il capitolo dell'assistenza sanitaria. Ho parlato con i detenuti, con operatori vari: l'assistenza sanitaria è assicurata molto bene dall'USL per quanto riguarda gli interventi all'esterno del carcere, ma si può fare di più all'interno. Gli specialisti che ho qui elencato: ginecologia, psichiatria, neurologia, dermatologia, oculistica, non li ho scritti improvvisando; ho parlato con il medico del carcere interno, con i detenuti, con il direttore, e penso che facendo questo si possa venire incontro in maniera seria ai detenuti. La presenza una volta ogni 15 giorni o una volta al mese di un ginecologo, ad esempio, è una cosa importante.

E' importante che al Provincia si doti di una struttura che si occupi di coordinare quello che già si fa, che è molto, ma soprattutto che abbia funzioni di coordinamento, stimolo e di promozione. C'è il rischio che altrimenti le iniziative siano scollegate e che i rapporti con il volontariato non sia fecondo quanto può essere. Io credo che se noi approviamo questa mozione, soprattutto se riusciamo ad andare in questa direzione si possa fare molto per migliorare il nostro intervento all'interno e per il reinserimento all'esterno dei detenuti.

**FRASNELLI (SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich werde kurz sein. Wie Sie alle gesehen haben, ist der Beschlussantrag sehr detailliert formuliert und ausgearbeitet worden. Zur besseren Übersicht haben wir die wesentlichen Argumente auch unterstrichen und sie sind damit für jeden, auch bei einem kurzfristigen Überfliegen, sehr einsichtig feststellbar.

Der Beschlussantrag vom Inhalt her gesehen entspricht der Grundhaltung der Südtiroler Volkspartei, Solidarität gerade auch mit Menschen in schwierigen Situationen zu praktizieren. Dies ist bei Strafgefangenen allemal der Fall.

Unter Nutzung eigener Kompetenzen und auf der Grundlage staatlicher Bestimmungen sowie Vereinbarungen vor allem mit dem Justizministerium will das Land einen differenzierten Beitrag dafür leisten, dass im Strafvollzug Begriffe wie Umerziehung, psychische und geistige Rehabilitation und Wiedereingliederung in die Gesellschaft nicht weiterhin leere Worte bleiben. Dies ist angesichts der Situation im Strafvollzug generell in diesem Staate, aber auch in Südtirol, dringend geboten.

Aus diesem Grunde werden wir dem Beschlussantrag, den wir mittragen, selbstverständlich auch unsere Zustimmung geben. Danke, Herr Präsident!

**BENEDIKTER (UFS):** Für diese Belange habe ich mich als Landesrat für Raumordnung lange Jahre eingesetzt, besonders was eine menschlichere Unterbrin-

gung betrifft, muss jedoch daran erinnern, eben in Kürze, dass der Landesausschuss damals abgelehnt hat, im Raume von Bozen ein neues Gefängnis zu bauen. Es war damals die Rede von 6 ha, aber auch wenn es weniger als 6 ha wären, das Gebäude muss ja rings herum frei sein, es kann nicht irgendwie in eine Wohnzone hineingesetzt werden. Der Landesausschuss hat es damals abgelehnt, und ich habe dann mit dem Generaldirektor für Gefängniswesen in Rom verhandelt und auch mit der Gemeinde Bozen, und es wäre eine Art Kompromiss herausgekommen, dass man das bestehende Gebäude ausweitet und zwar dort, wo heute die Gefangenen ihren Hof haben, wo sie herumspazieren, das würde ein Zubau für Unterkünfte werden. Hingegen der Freiraum, der könnte hineingebracht werden, weil er ja nicht einen Wohnbau darstellt, ein Stück in das Talferbett. Das war damals der Kompromiss. Damit könnte diese Zahl, von der hier die Rede ist und die irgendwie gleich bliebe, ordentlich untergebracht werden, außer man baut das Gefängnis anderswo, außerhalb Bozens, denn warum sollen die letzten Grünflächen Bozens noch für so etwas hergenommen werden? Also baut man es irgendwo, nicht gerade im fruchtbaren Talboden, es geht immerhin um Hektare, man geht irgendwo in ein Seitental hinein. Es steht nirgends geschrieben, dass das Gefängnis im Gemeindegebiet von Bozen sein muss. Deswegen werden wir nicht für diesen Buchstaben m), wenn er so bleibt, stimmen. Wir ersuchen also, das getrennt abgestimmt wird.

Noch etwas möchte ich fragen. Hier ist immer von Bozen die Rede. Es gibt noch einige Bezirksgefängnisse, die sind ja geblieben, und es sind weniger Insassen, aber gewisse Maßnahmen hier müssten eigentlich genauso ergriffen werden, auch für Insassen der Bezirksgefängnisse. Diese erzieherischen Maßnahmen, die Freizeitgestaltung usw.

**TRIBUS (Sekretär – GAF-GVA):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist mit diesem Beschlussantrag einverstanden und die Ausführlichkeit der Begründung erübrigt eigentlich lange Stellungnahmen, weil tatsächlich alle irgendwie tangierten Sektoren der Gefangenenwelt hier aufgezählt sind, und es wäre natürlich fast ein Gefängniswunder, wenn das Land Südtirol imstande wäre, diesen umfangreichen Forderungskatalog tatsächlich dann zu verwirklichen, dann würden wir bestimmt als das beste Gefängnis der Welt dastehen, denn ein so reichhaltiges Freizeit- und Kursangebot auf allen Ebenen, es fehlt nur noch die Universität, wird niemand auf der Welt anbieten können. Aber wenn man das Bozner Gefängnis kennt, dann weiß man natürlich, wie bescheiden die Möglichkeiten dort sind, obwohl sich – und das ist bekannt, es ist bereits oft in diesem Hause auch entsprechend gewürdigt worden – die Bozner Gefängnisdirektion sehr bemüht hat, im Bereiche des Möglichen Aktivitäten anzubieten. Bisher beschränkt sich das Angebot auf die Philosophie, die der Kollege Viola betreut hat, auf die Mittelschule, auf Malerei, auf Dichtkurse, wenn man sie so nennen will, auf Computerkurse, aber das Problem des Gefängnisses von Bozen ist einfach der Platzmangel.

Deshalb ist es tatsächlich vordringlich, Herr Landesrat, dass in dieser Angelegenheit Entscheidungen getroffen werden. Solange das Gefängnis dort untergebracht ist und nicht daran gedacht werden kann, entweder das auszubauen, zu erhöhen oder zu erweitern oder man endgültig einen neuen Standort dafür sucht, wird alles das ein Traum bleiben, was hier im Beschlussantrag als vordringlich aufgezeigt wird. Das ist das wichtigste Problem, damit kämpft die Gefängnisleitung seit Jahren, außer im Zuge des neuen Drogengesetzes könnte sich auch die Population verändern, weil bisher oder zur Zeit in der Regel 50 Prozent der Bevölkerung aus Drogenabhängigen besteht oder aus im Drogenkreis irgendwie involvierten Gefangenen. Natürlich, wenn die Craxi-Reform durchgehen sollte und die große Repression einsetzt, dann müssten neue Gefängnisse gebaut werden. Wenn im Drogenkampf eine andere Linie, eine Entkriminalisierung stattfindet, dann würde das konkret bedeuten, dass 50 Prozent der heutigen Bozner Gefangenen ausscheiden könnten, weil für sie andere Maßnahmen vorgesehen sein müssten, um die "Schuld" abzutragen. Das wird doch wesentlich die Situation verändern, sollte es dazu kommen.

Abgesehen von der Zukunftsmusik, die wir uns da ausdenken und ausmalen können, finde ich es tatsächlich vordringlich, dass eine Stelle geschaffen wird, die sich mit der Materie befasst, weil man zumindest dann endlich in diesem Kompetenzwust, der sich da überschneidet, endlich eine Ansprechperson hat. Es wäre tatsächlich schon ein großer Schritt, wenn man das erreichen könnte: Eine Person, ein Amt, ein Büro, ein Telfon, das sich mit dieser Angelegenheit von Amts wegen zu beschäftigen hat. Das ist vordringlich, sei es für die Bürokratie, sei es auch für all jene Leute, die irgendwie indirekt damit befasst sind. Dann natürlich, was ich ganz vordringlich empfinde, ist eine Auffangstruktur für Gefangene. Es gab in Bozen vor Jahren so etwas in Oberau, wo Gefangene, die aus dem Gefängnis kamen, für die ersten Tage der Monate, Unterkunft bekamen, und somit nicht unbedingt zu einem sofortigen Wiedereinstieg in das Milieu gezwungen waren. Diese Struktur gibt es nicht mehr und man erlebt das ganz einfach jeden Tag, wer das Gefängnis besucht, der sieht in regelmäßigen Abständen immer die gleichen Leute. Die Drogensituation ist diesbezüglich brutal. Leute kommen heraus, gehen zu irgendeinem Bekannten, meistens haben diese Leute auch ihre Beziehungen zum Elternhaus abgebrochen, sie kommen zu mir, zum Kollegen Sfondrini, jeder hat seine Klientel, man gibt ihm etwas, man hilft ihm, aber das dauert einen Tag, zwei Tage, drei Tage, dann landen die alle wieder im Sumpf der Kriminalität. Deshalb braucht es tatsächlich eine Stelle, Herr Landesrat, die auch diese Leute da betreut, die sie auffangen kann und die auch in einer Integrierung behilflich sein kann, denn das ist ja das Geheimnis des Glaubens, dass man nicht imstande ist, niemand bisher, diese Leute tatsächlich zu integrieren.

Ein zweites, sehr wichtiges Problem sind die Arbeitsplätze. Man ist ja nicht imstande, außer nur selten, dass man die Leute unterbringen kann. Auch das sage ich, weil es wichtig ist, nämlich das Problem der "semilibertà". Viele Leute im Bozner Gefängnis könnten das Gefängnis in Teilfreiheit verlassen, wenn man das so ausdrücken

kann, wenn sie einen Arbeitsvertrag hätten. Das heißt, sie könnten bei Tag in irgendeinem Betrieb arbeiten und müssten halt, wie das Gesetz es vorsieht, am Abend sich wieder im Gefängnis einfinden und dort ihre Nacht verbringen. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz, gemessen an der Anzahl der Population, die unser Gefängnis besetzt. Wenn wir da auch vom Land her, Landesrat Saurer, mit Ihrer Kreativität, mit dem Arbeitsamt, irgend etwas finden könnten, dass Betriebe, die Gefangene in dieser Position einstellen, irgend welche Erleichterungen erhalten, dass das als soziale Maßnahme auch der Betriebe gesehen wird, dann glaube ich, hätten wir sehr sehr viel getan, und das wäre wirklich ein konkreter Schritt, diese Leute zu entkriminalisieren, denn darum geht es ja. Ansonsten könnten wir ewig Strukturen errichten, aber die ehemaligen Gefangenen werden weiterhin im gleichen Milieu bleiben.

**KLOTZ (UFS):** Wer von seiner Möglichkeit als Abgeordneter Gebrauch gemacht hat, um im Bozner Gefängnis eine Art Visite oder Inspektion oder wie man das auch nennen will, durchzuführen, der weiß, wie es dort beschaffen ist und dass es wirklich keine idealen Verhältnisse sind. Einmal was den Platz, vor allen Dingen aber was die Arbeitsmöglichkeiten anbelangt. Ein spezieller Fall ist natürlich das Frauengefängnis von Bozen. Es gibt zwei große Schwerpunkte, glaube ich, in diesem Zusammenhang. Eines ist die Unterbringung und die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Gefängnis und das andere ist der Versuch, diese Gefangenen wieder zu integrieren, wenn sie herauskommen. Insofern also ist die Errichtung einer Sammelstelle oder einer Betreuungsstelle sehr sehr wichtig, denn wir wissen, dass die Gefangenen in eine Art Teufelskreis geraten. Sie sollten ja im Gefängnis die Möglichkeit zu einer Bewährung haben. Das heißt vor allen Dingen, sie sollten arbeiten, sie sollten die Möglichkeit haben, sich zu bessern, so wie aber die Strukturen im Bozner Gefängnis sind, können sie keine Bewährungschance haben, sondern sie werden nur noch raffinierter, kann man sagen, und werden zum Müßiggang erzogen. Das ist es. Mir haben die Gefangenen erzählt, es sei ganz schön, drei Stunden Karten zu spielen, aber wenn man den ganzen Tag nichts anderes tun kann als Karten zu spielen, dann wird auch das zur Last. Es ist also so, dass die meisten alle Raffinessen lernen, mit denen die älteren Häftlingsinsassen ausgestattet sind, aus dem Gefängnis herauskommen. Sowieso wird ihnen dann der Einstieg ins normale Leben meistens verweigert, weil das Misstrauen ganz einfach da ist und sie wenden die Raffinessen, die sie im Gefängnis von anderen gelernt haben, dann eben an und so geht es weiter. Es ist das also eine verhängnisvolle Spirale. Das zum einen.

Was aber dann die Frauen anbelangt, so sollte man wirklich danach trachten, einmal die Ausbildungschancen, gerade für Frauen, zu verbessern. Ich weiß, dass dieser Beschlussantrag gespickt ist mit idealistischen Vorstellungen, das ist ein Programm, wie es nach den idealen Verhältnissen sein könnte oder sollte, und das würde ich voll mitunterschreiben. So stellt man sich den Gefangenenvollzug eigentlich schon vor, aber wir wissen, dass es wahrscheinlich mehr ein Bekenntnis als sonst etwas ist,

obwohl man das mittragen könnte. Nur, Herr Präsident, ersuchen wir Sie, den Buchstaben m) getrennt von allen anderen abstimmen zu lassen. Sie brauchen nicht alle anderen auch noch getrennt abstimmen zu lassen, nur den Punkt m) herausnehmen, weil das, was Kollege Alfons Benedikter gesagt hat, ja wirklich zu beherzigen wäre. In Bozen wird man die Vorstellungen, die in diesem Beschlussantrag enthalten sind, niemals verwirklichen können, schon aufgrund des Platzmangels und der wenig vorhandenen Areale, denn ein solches Gefängnis müsste meines Erachtens einen großen Garten zur Verfügung haben, Sportanlagen, Möglichkeiten eben. Das wollen wir doch heraushalten, denn wir haben da eine andere Vorstellung, wie gesagt, aber wir unterstützen natürlich die Absicht dieses Beschlussantrages voll, inhaltlich. Es wäre zu wünschen, dass man anderswo, in einer anderen Gegend oder in einem anderen Tal, oder dort, wo halt bessere Platzverhältnisse gegeben sind, ein Gefängnis nach diesen Vorstellungen errichten könnte, so dass die Gefangenen wirklich die Möglichkeiten hätten, zu arbeiten. Die meisten von ihnen wollen in erster Linie arbeiten, damit der Tag herumgeht, damit die Zeit vergeht und in zweiter Linie natürlich auch zwecks Fortbildung, einer Art Berufsausbildung.

Ich bitte vor allen Dingen, auf die Frauen Rücksicht zu nehmen. Es gibt so viele, die nur den Volksschulabschluss haben und die gerne ein Handwerk erlernen oder Kurse besuchen würden, aber da in Bozen nur vier, fünf gefangene Frauen untergebracht werden können, ist nicht einmal die Möglichkeit gegeben, für eine oder zwei einen Kurs zu organisieren. Die müssten dann entweder nach Trient, nach Venedig oder sonst wohin versetzt werden.

**SFONDRINI (Assessore all'industria, formazione professionale e sport – PSI):** Innanzitutto sono d'accordo anch'io che l'attuale carcere, nonostante gli sforzi della direzione, è ampiamente superato da ogni punto di vista. Pensare di ampliarlo è assurdo. Se c'è una cosa deprimente in quel carcere è proprio il cortile per le ore di aria. Bisogna quindi trovare una collocazione diversa da quella attuale. Questo è il problema principale, nonostante gli sforzi dell'attuale direzione che ha portato elementi innovativi e di grande umanità rispetto a prima. Le presenze sono attorno ai 130 detenuti, il "turn over" è di circa mille all'anno, e prevalentemente sono sempre gli stessi che girano. Mi sono occupato concretamente di trovare delle soluzioni dal punto di vista professionale e ho incontrato grosse difficoltà oggettive. Con chi facciamo la formazione professionale? Quale periodo di tempo si può destinare a tale scopo? Chi desidera partecipare a corsi formativi? Alcune iniziative verranno prese entro quest'anno, con pochi partecipanti però. Bisogna poi trovare soluzioni formative anche all'esterno oltre che all'interno.

Devo fare una puntualizzazione al collega Tribus a proposito del suo inciso breve, ma significativo, per quanto riguarda la legge sulla droga che si sta discutendo a livello parlamentare in questo periodo. Io ho grandi dubbi su tutto, perché se la soluzione fosse così facile attraverso la liberalizzazione mi sembrerebbe singolare che

l'Italia per prima trovasse la soluzione. Ripeto: parlo della "liberalizzazione". Il problema è molto più complesso; non lo si affronta in maniera parziale e con una forte polemica dal punto di vista politico. Non c'è né la volontà di criminalizzare né di reprimere con questa legge; c'è la volontà di affrontare il problema in un certo modo. D'altra parte nessun Paese al mondo, tranne esperimenti che non hanno dato grandi risultati, ha adottato la via della liberalizzazione. Dico questo anche perché il nostro carcere come tutte le carceri italiane è al 70% circa occupato da tossicodipendenti, e questo rappresenta un problema estremamente difficile da risolvere sotto ogni aspetto.

L'inserimento nel mondo del lavoro degli ex carcerati è un fatto estremamente difficile. Teoricamente si fa presto a parlare, ma anche in questi casi bisogna essere in due, nel senso che ci vuole effettivamente che desidera cambiare vita attraverso l'inserimento, ma anche colui che lo accoglie nella propria azienda. La gente quando non gli tocca direttamente è sempre disponibile a risolvere i problemi più scabrosi, ma quando deve decidere per esempio di assumere nella propria azienda ex tossicodipendenti o ex carcerati ci pensa sopra mille volte. Questa è la verità.

**HOLZMANN (MSI-DN):** Anche noi voteremo a favore di questa mozione, per quanto non concordiamo su certi aspetti, soprattutto per quanto riguarda la parte espositiva. Certo, il problema del carcere andrebbe risolto a monte. E' ospitato in una struttura fatiscente, che non offre possibilità di ampliamento e quindi di miglioramento delle condizioni di vita per i detenuti, e di conseguenza fino a quando dobbiamo ragionare sulla base di questa struttura gli interventi che possiamo fare sono limitati. Crediamo che il problema vada risolto con il trasferimento del carcere in una struttura nuova e razionale.

Posta questa premessa, entrando nel merito della mozione, va riconosciuta senz'altro la validità dell'occupazione intramuraria. Il carcere di per sé è un ambiente che tende oggi come oggi all'abbruttimento dell'individuo. Lo Stato ha creato questo istituto per difendere la società e per garantire l'allontanamento di persone ritenute pericolose o nocive, ma il carcere di fatto non costituisce un presupposto per una loro successiva rieducazione e reinserimento sociale: è diventato solo un istituto di pena. Si sconta una pena che viene comminata per ciò che si ha commesso. Lo Stato non si preoccupa del recupero di queste persone. All'interno del carcere pesante c'è proprio la noia. Questa gente non sa come passare le giornate, che sono lunghe e possono essere anche tante. La ricerca di un'occupazione all'interno di un istituto di pena è spasmodica. A Bolzano fanno a gara per accaparrarsi il posto di scopino nei corridoi. In questo senso riteniamo che si possa fare molto.

Tutti i lavori di confezionatura, inscatolamento, che fra l'altro anche alcuni stabilimenti di Bolzano effettuano e danno in appalto, potrebbero benissimo essere portati all'interno delle carceri dando la possibilità ai detenuti di occupare le loro giornate e dando anche la possibilità di ottenere un riconoscimento economico per quel periodo della loro vita che deve essere trascorso all'interno dell'istituto di pena. In questa



direzione credo che molto si possa fare. Contestualmente sarebbe interessante cercare di impostare quanto meno una sorta di specializzazione di queste persone, consentendo loro con adeguati corsi di studio di poter acquisire quelle nozioni e quelle conoscenze tecniche che sono fondamentali nella vita civile per svolgere un'attività.

E naturalmente anche un'istruzione primaria deve essere garantita e incentivata, perché non è sufficiente che l'amministrazione si preoccupi solamente di inviare l'insegnante nel carcere se la popolazione detenuta non viene sollecitata in questa direzione.

Noi crediamo che nella parte dispositiva, dove si auspica una garanzia di commesse pubbliche a cooperative di detenuti, ci si spinga un po' troppo oltre. Il fatto di dover aiutare queste persone è una cosa, e tutti possiamo essere d'accordo; il fatto di aiutarli nel reinserimento pure, ma nel garantire le commesse alle cooperative, nel garantire l'inserimento negli enti pubblici andrei un po' cauto, perché altrimenti invece di scoraggiare la delinquenza finiremmo magari per favorirla, perché disoccupati ne abbiamo tanti e se un ex detenuto ha più facilità di trovare un'occupazione o delle commesse, correremmo magari il rischio di veder trasformare in ex detenuti anche quelli che sono solo disoccupati.

Ho voluto un po' esagerare, però riteniamo che il lavoro deve essere svolto soprattutto all'interno del carcere. Queste persone devono acquisire le competenze necessarie per svolgere un'attività professionale all'esterno, devono essere supportati anche psicologicamente e una volta fuori devono essere aiutati e introdotti nel mondo del lavoro, posto che questo è abbastanza difficile, perché da parte dei privati quando si tratta di assumerli permangono certe resistenze.

Noi riteniamo che lo spirito della mozione sia sano e condivisibile da parte del nostro gruppo e pertanto, pur con i distinguo che abbiamo cercato di illustrare, voteremo a favore.

**BRUGGER (Sekretär – SVP):** Die Zielsetzungen dieses Beschlussantrages scheinen mir sehr wichtig zu sein und selbstverständlich voll zu unterstützen. Ich habe mich nur etwas über die Tatsache gewundert, dass ein so wesentlicher Punkt, wie eben die Möglichkeit, die da im beschließenden Teil unter Buchstaben m) steht, die Möglichkeit zu prüfen, ein neues Gefängnis zu bauen, dass dieser Punkt sehr weit hinten ansteht, während ich der Meinung bin, dass das ein ganz wesentliches Anliegen sein sollte und dass bereits heute verschiedentlich bei den Wortmeldungen darauf hingewiesen wurde. Wir haben gehört, und ich möchte das bestätigen, weil ich auch das eine und das andere Mal Gelegenheit hatte, mich mit der Gefängnisstruktur zu befassen und auch die Räumlichkeiten einigermaßen kenne, dass es stimmt, dass auf der einen Seite das Gefängnis aus allen Nähten platzt, auf der anderen Seite aber auch, dass es sich um eine sehr veraltete Struktur handelt, aus der die derzeitige Gefängnisverwaltung wirklich versucht, das Beste daraus zu machen. Es ist interessante, dass das Leben im Gefängnis von Bozen als eines der noch durchaus besseren empfunden wird, im Gegen-

satz zu vielen anderen Gefängnissen in Italien. Auf der anderen Seite aber ist die Struktur so veraltet, dass mit allen Kräften versucht werden sollte, Verbesserungen herbeizuführen. Auch wenn diesbezüglich durch die Pläne des damals zuständigen Landesrates Benedikter, dieses Gefängnis auszubauen, bestimmt eine Verbesserung insgesamt gebracht worden wäre, so glaube ich wirklich, dass eine Übersiedlung oder ein Neubau eines Gefängnisses von großer Bedeutung wäre, weil der noch zur Verfügung stehende Raum auf jeden Fall sehr bescheiden ist, wenn man einen Zubau macht, der dann absolut zu Lasten des wenigen Freiraumes geht, den die Gefängnisinsassen heute haben, und auf der anderen Seite es eigentlich ein Luxus ist, ein Gefängnis im Herzen einer Stadt angesiedelt zu lassen. Ich bin der Meinung, wenn wir schon für diverseste Erfordernisse Raum suchen müssen und dann auch finden, so wäre es wirklich zu überlegen, oder vielleicht nicht nur zu überlegen, sondern alles zu unternehmen, um einen neuen Standort für ein Gefängnis zu finden. Ich würde mich wirklich dafür ganz stark aussprechen. Ein Gefängnis, das dann den modernen Erfordernissen gerecht werden kann und auch vom Platz her das zur Verfügung stellt, was ja wohl in einer zivilisierten Gesellschaft notwendig ist.

Selbstverständlich müssen wir dann für viele andere Gefangenen in Italien werben. Natürlich schauen wir darauf, dass die Gefangenen, die in diesem Einzugsgebiet eben ihre Strafe hier abzusitzen haben, dass dies die Insassen sein sollen und nicht jene, die aus anderen Gebieten Italiens dann hierher gebracht werden sollten. Das natürlich meinen wir nicht.

Ich möchte deshalb vorschlagen, dass wir diesen Punkt m) sehr ernst nehmen sollten. Ich verlange ganz bestimmt nicht, dass man ihn an die Spitze des beschließenden Teiles hingeben soll, aber dass wir in dieser Richtung uns auch als Landesregierung vielleicht Gedanken machen sollten, ob wir nicht wirklich einen Neubau ganz konkret anstreben sollten. In diesem Sinne finde ich es positiv, dass wir mit diesem Beschlussantrag auf die Probleme hingewiesen haben von Leute, denen es schlechter geht, auch damit auseinandergesetzt werden und dass wir diesbezüglich Hilfestellungen leisten, so gut es eben nach unseren Zuständigkeiten geht.

**SAURER (Landesrat für Gesundheits- und Arbeitswesen und Berufsausbildung – SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn allen, vor allem den Kollegen in diesem Hause, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, recht herzlich danken, die sich in der Vergangenheit für die Anliegen des Gefängnisses der Inhaftierten eingesetzt haben.

Wir haben in der letzten Legislatur schon einmal Gelegenheit gehabt, über die Frage zu reden und dort auch von Seiten der Landesregierung die Bereitschaft geäußert, alles zu tun was in unseren Kompetenzen liegt, um hier einige Dinge zu ändern, vor allem die Zusammenarbeit mit der Justizverwaltung voranzutragen.

Wir haben vom Assessorat her versucht, diese Anliegen des Kollegen Viola richtig zu bewerten, auch unseren Beitrag dazu zu leisten, dass etwas Organisches –

zumindest auf dem Papier – entsteht. Die Latte haben wir schon etwas hoch gelegt, das ist mir bewusst, aber ich glaube schon, dass man auch in der Politik von Idealen ausgehen kann und auf diese Ideale zugehen kann. Wenn man dann auf dem Weg dorthin nicht gerade alles realisiert, dann ist der Schaden nicht so groß, wenn zumindest die Kerndinge angegangen und gemacht werden.

Wir als Landesregierung nehmen die Sachen für ernst, der Landeshauptmann hat bei der Diskussion über diesen Beschlussantrag, die wir ja auch in der Landesregierung abgeführt haben, den Willen und die Absicht geäußert, gemeinsam mit einigen Landesräten das Gefängnis zu besuchen. Das wird am 23. November gemacht; wir werden das Gefängnis besuchen, jeder von uns könnte das Gefängnis in einigen Teilen gesehen haben, vielleicht haben einige Kollegen alles gesehen, ich persönlich habe nur Teile des Gefängnisses gesehen und habe auch natürlich meinen Eindruck davon. Wir werden versuchen, alles zu sehen, um dann auch Entscheidungen einleiten zu können, in Richtung Umstrukturierung oder in Richtung Neubau. Ich bin mit dem Kollegen Brugger einig, dass das ein zentraler Punkt der ganzen Angelegenheit ist und wir können die ganzen schönen Dinge, die hier angeführt sind, sicher nicht realisieren, wenn die logistischen Voraussetzungen nicht grundlegend geändert werden. Ich möchte also auch im Namen des Landeshauptmannes ganz klar sagen, dass das ein wichtiger Punkt für uns ist und wir wollen diesen Punkt mit sehr viel Zielstrebigkeit angehen. Wir sind dabei, mit dem Staat eine Konvention zu verhandeln, die mehr oder weniger die wesentlichen Punkte dieses Beschlussantrages enthält. Diese Konvention ist zwischen den Ämtern besprochen worden, mit den Behörden des Justizministeriums und wir hoffen, sehr bald zu einem Abschluss zu kommen. Es ist vielleicht sehr gut, dass der Landtag sich mit diesen Problemen vor Abschluss der Konvention beschäftigt, um die wesentlichen Anliegen, die eventuell geäußert werden, oder die jetzt auch hineingepackt worden sind, in die Konvention aufzunehmen.

Wir haben als erste Region, als erstes Land mit den Behörden, mit dem Justizministerium, in Brixen eine dreitägige Tagung im Zusammenhang mit der neuen Strafprozessordnung in Bezug auf die Minderjährigen verabschiedet oder durchgeführt und in Rom redet man in diesem Zusammenhang recht dankbar an unsere Adresse auch von den sog. "regole di Bressanone". Das heißt, dass wir doch versucht haben, hier einige Schrittmacherdienste zu leisten. Ob es uns dann gelingt, die Dinge auch durchzuführen, umzuwandeln, die wir theoretisch mit der Hilfe der Funktionäre des Justizministeriums zu Faden geschlagen haben, das kann ich nicht sagen, aber ich hoffe schon sehr.

Es ist auf der Ebene der Konferenz des Präsidenten letztthin auch auf der Tagesordnung – und bei den entsprechenden Vorbereitungen sind auch unsere Funktionäre dabei –, wie die sanitäre Gestaltung dieses Bereiches gemacht werden soll. Hier ist ein Dokument, das verabschiedet werden soll und wo auch Konventionen mit den Sanitätseinheiten, mit den einzelnen Regionen gemacht werden sollen. Also man sieht, dass man von Seiten des Justizministeriums sehr großen Wert darauf legt, das die sog.

Territorialisierung der Strafe und alles was somit zusammenhängt, in die Wege geleitet wird, und dass vor allem die gezielten gesellschaftlichen Maßnahmen in die Wege geleitet werden, denn es ist doch allgemeine Ansicht, härtere Strafen oder überhaupt – was ja auch in manchen Teilen der Welt diskutiert wird – die Wiedereinführung der Todesstrafe zunächst im Strafvollzug zu führen. Natürlich muss der Rechtsbruch geahndet werden, aber es müssen auch Begleitmaßnahmen gesetzt werden.

Wir haben einige gesetzliche Voraussetzungen, die wir anwenden können, um vor allem die Wiedereingliederung zu bewerkstelligen, besondere Begünstigungen im Zusammenhang mit Lehrlingsausbildung, besondere Begünstigungen im Zusammenhang mit Praktikas, mit Ausbildungsverträgen. Es sind Dinge, die bereits existieren und nur ausgenützt werden könnten. Die zeitweilige Beschäftigung: das ist auch ein Gesetz, das für diese Zwecke ausgenützt werden könnte. Dann das sog. Mobilitätsgesetz, es sind hier im Hause noch Abänderungen diesbezüglich eingeführt worden. Auch diese Dinge könnten ausgenützt werden; wir sind dabei, eine Wiedereingliederungsstruktur, die wir bereits als Objekt angekauft haben, in Bozen zu realisieren, vor allem für die Minderjährigen und zusätzlich eine Wiedereingliederungsstruktur für die Drogenabhängigen. Auch die beiden Strukturen können natürlich von diesen inhaftierten Mitbürgern oder von diesen Mitbürgern, die sich etwas zuschulden haben kommen lassen, dann auch in Anspruch genommen werden.

Was den Bau anbelangt, möchte ich nur zu bedenken geben, dass – und das ist da zum Ausdruck gebracht worden -, dass das Areal nicht so sehr geeignet ist, dass man aber verifizieren soll, ob es umstrukturiert werden kann. Ich habe ein bisschen eine Skepsis, diesen Bau weit außerhalb der Stadt in irgendein Tal zu verlegen; die Dinge, die da drinnen sind, brauchen ja das Einzugsgebiet einer Stadt oder brauchen ja die ganzen Dienste und insofern wird es zumindest in der Nähe eines größeren Gemeinwesens gebaut werden müssen, ansonsten können diese ganzen Dinge, die hier aufgezählt werden, nicht realisiert werden, hinsichtlich eines Bezugspunktes innerhalb der Landesverwaltung. Wir haben auch eigene Kompetenzen in diesem Sinn und deshalb soll das ernstlich angegangen werden. Das Amt für Jugend und Familie hat bis jetzt diese Dinge immer verfolgt, vor allem der Amtsdirektor Dalla Torre hat sich da schon Verdienste erworben, ob wir dieses Amt ausbauen, oder ein neues Amt errichten, das nur diesen Aufgabenbereich hat. Ob wir nun – wie gesagt – das bestehende Amt aufbauen oder ein neues Amt errichten, das hängt mit der Neuordnung unserer Ämter zusammen. Wir sind dabei, diese Neuordnung vorzunehmen. Man hat bis jetzt gesagt, es sollten in diesen Monaten keine neuen Ämter errichtet werden, sondern man soll schauen, wie das Gesamte neugeordnet wird. Auf jeden Fall werden wir versuchen, das Amt Dalla Torre entscheidend zu stärken, aber ich schließe nicht aus, dass man zu einem eigenen Amt kommt. Danke.

**PRESIDENTE:** E' stato presentato un emendamento dai consiglieri Benedikter, Viola, Frasnelli e Klotz, che dice: Aggiungere alla lettera m): "o di ristrutturare

quello esistente". Zum Buchstaben m) hinzufügen: "oder das bestehende Gebäude umzustrukturieren".

Dato che è stato firmato dai presentatori della mozione, non c'è bisogno di votazione, l'emendamento è già inserito. La lettera m) dice: "di verificare la possibilità di costruzione di un nuovo carcere o di ristrutturare quello esistente".

La parola al consigliere Viola per la replica.

**VIOLA (PCI):** Ringrazio innanzitutto i colleghi per il contributo che hanno dato. E' stata una discussione breve per ragioni regolamentari, ma comunque costruttiva e che ha segnalato l'interesse da parte di tutti i colleghi.

Desidero fare soltanto alcune puntualizzazioni: una riguarda la questione centrale che è stata sollevata da tutti, che è quella del nuovo carcere. Sono d'accordo con quanto è stato detto da Brugger, Saurer e altri. Al dott. Benedikter vorrei far osservare questo. Ho accettato l'emendamento, perché siamo in una fase di verifica e la verifica deve essere aperta, quindi andiamo anche a vedere se è possibile ristrutturare meglio, allargare un po', spostarsi in avanti sul greto del Talvera, però la mia opinione è che questa non sia una soluzione in realtà praticabile, che si debba prendere seriamente in esame la possibilità di una struttura completamente nuova. Dove fare questa nuova struttura non possiamo stabilirlo quest'oggi; d'accordo il più vicino possibile, però uno sforzo deve essere fatto perché se si trova giustamente lo spazio per la Fiera, per la zona artigianale, per i parcheggi, ecc., trovare uno spazio per consentire a 100-120 persone di vivere in condizioni migliori è indispensabile.

Mi rivolgo qui solo al dott. Benedikter, che ha una sua difficoltà per quanto riguarda il problema di nuove aree. Facciamo il massimo sforzo, cerchiamo di trovare una soluzione razionale, ma se dovesse emergere che l'unica possibilità è quella di sacrificare anche del prezioso suolo agricolo, questo va fatto, perché la scelta è fra i meli e i detenuti, anche se i meli sono importanti perché dietro ci sono i contadini. Ma questa è una questione che si vedrà dopo; l'importante è che da parte della Giunta ci sia proprio questa attiva ricerca di aree. Va ricordato che le spese vanno poi a carico dello Stato; noi dobbiamo fornire l'area.

Per quanto riguarda gli spazi ci sono delle carceri che hanno il campo sportivo più grande di tutto il carcere di Bolzano compreso lo spazio di libertà esterna. Qualcosa quindi va fatto in questa direzione.

La sezione femminile è molto affollata: ci sono 10-13 detenute in un piccolo appartamento, anche se le condizioni di vita sono migliori qui che in altre carceri, anche per il lodevole impegno del personale.

E' stato lodato l'impegno del direttore: io mi associo, e accomuno anche le vigilatrici, le guardie carcerarie, gli operatori, che sono umani, cercano il dialogo, fanno il possibile, però anche loro non possono fare miracoli.

Riprendo l'ultimo appunto dell'assessore Saurer sull'ufficio carceri. Io sono d'accordo che sia importante la struttura nuova, perché la cosa fondamentale qui non è

tanto la risorsa quanto il coordinamento. Ci vuole una struttura, una persona che abbia lo sguardo complessivo di tutto, cosa che non è ancora possibile avere, che ricordi all'Assessorato di fare qualcosa se se lo dimentica, ecc., anche cose molto banali, tipo l'insegnante volontario di ginnastica, che entra per fare un corso di pallavolo, poi si ammala e non viene più, bisogna sostituirlo.

Da tutti è stato detto che non si possono fare miracoli; me ne rendo perfettamente conto. Fra i miei allievi in questi ultimi anni ci sono stati due detenuti, un ragazzo e una ragazza, che sono morti per overdose. Non che mi illudessi attraverso le mie lezioni di evitare una cosa del genere, ma queste persone che partecipavano alle lezioni assieme ad altre decine di detenuti, e che parlavano con grande facilità, con consapevolezza del loro problema e del loro sforzo per uscire da questo dramma, alla fine non ce l'hanno fatta. Non sarà certo il nostro intervento che potrà risolvere radicalmente questo, però tanto può essere fatto anche in direzione del coordinamento, della creatività, ecc. per esempio, bisognerebbe favorire l'impiego di obiettori di coscienza in questa direzione. Ci sono stati colleghi che hanno portato delle classi a parlare con i detenuti, cosa importantissima per creare un'atmosfera psicologica favorevole, oppure se producono delle cose all'interno del carcere li aiutiamo a comprarle. Sono tutte cose che possono notevolmente migliorare anche se non risolvere radicalmente il problema.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro chiede la parola sulla mozione? Nessuno. I colleghi Klotz e Benedikter hanno richiesto la votazione separata del punto m) della mozione.

Pongo in votazione la mozione nel suo complesso ad esclusione della lettera m): approvata all'unanimità.

Pongo in votazione la prima parte della lettera m), cioè "di verificare la possibilità di costruzione di un nuovo carcere": approvata a maggioranza con 2 astensioni e un voto contrario.

Pongo in votazione la seconda parte della lettera m), cioè "o di ristrutturare quello esistente": approvata all'unanimità.

Punto 15) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 52/89 del 26.10.1989, presentata dal consigliere Frasnelli e gruppo SVP, riguardante un sistema provinciale di informazione sullo stato dell'ambiente**".

Punkt 15 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 52/89 vom 26.10.1989, eingebracht vom Abg. Frasnelli und SVP-Fraktion, betreffend den Aufbau eines Landesumweltinformationssystem**".

Dò lettura della mozione:

*Il valore ricreativo del suo paesaggio rappresenta la ricchezza più naturale dell'Alto Adige. I limiti di sopportabilità dell'impatto sul paesaggio in molti casi sono già stati raggiunti ed in parte già superati. Le zone della società del benessere adibite alla produzione e allo smaltimento in una piccola provincia sono strettamente connesse alla ricchezza culturale e al paesaggio vergine. Come ponte alpino tra le più grandi aree economiche europee la nostra terra è soggetta ad un crescente impatto derivante dal traffico del transito. L'espansione economica, ed in special modo quella turistica, e gli errori commessi nel corso degli ultimi due decenni durante il boom dello sviluppo di infrastrutture si sono ripercossi decisamente sulla natura e sul paesaggio. Fino a poco tempo fa l'espansione delle esigenze della nostra civiltà non è stata fronteggiata con la necessaria attività programmatrice.*

*Gli estesi danni arrecati al paesaggio, i danni che man mano sono riconoscibili anche nei nostri boschi, le perdite irreparabili di piante e di specie animali selvatiche, la distruzione di opere d'arte e di monumenti nonché i rischi preoccupanti per la nostra salute causati dall'inquinamento acustico e atmosferico, l'inquinamento delle acque e del suolo, l'urgente necessità di uno smaltimento dei rifiuti costringono ad una azione repentina. Un'efficace tutela dell'ambiente deve partire da una valutazione scientifica dei rischi esistenti e da una precoce individuazione di quelli nuovi.*

*Pertanto si propone l'istituzione, in Alto Adige, di un sistema provinciale di informazione ambientale (SPIA), al fine di creare, su una larga base scientifica, uno strumento sistematico di individuazione e di prognosi dell'impatto e dello sviluppo globale ambientale. A tal riguardo sono di particolare importanza le seguenti componenti:*

*rete di analisi dell'aria*

*- rete di analisi dei bioindicatori*

*- catasto delle emissioni*

*- rete di misurazione della radioattività*

*- rete di analisi del suolo*

*- catasto dell'inquinamento del suolo*

*- banca delle prove prelevate dal suolo risp. Banca dati sullo stato del suolo*

*- rete di analisi delle falde freatiche*

*- banca dati sullo stato delle falde freatiche*

*- banca dati sullo stato delle acque potabili.*

*Finora i pericoli per l'ambiente spesso sono stati individuati soltanto quando i danni si erano già manifestati e pertanto gli interventi volti al loro ripristino spesso giungono troppo tardi; inoltre di norma essi sono molto più costosi di misure preventive volte ad evitare i danni.*

*Per questo motivo la prevenzione è una componente fondamentale della politica ambientale. Essa può però essere realizzata con successo soltanto se ci sono delle basi scientifiche in materia.*

*Con l'ausilio del sistema provinciale di informazione ambientale si dovrebbe quindi individuare ed analizzare continuamente e sistematicamente lo stato complessivo dell'ambiente e del suo inquinamento. La prevista osservazione continuata dei processi chimici, fisici e biologici di sviluppo e di modifica dell'ambiente renderà possibile*

una previsione di futuri rischi ambientali e pertanto una loro prevenzione.

Pertanto il  
Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
deliberi

di invitare la Giunta provinciale:

- 1) a predisporre entro un termine appropriato un sistema provinciale di informazione ambientale (SPIA) in seno all'Amministrazione provinciale e di mettere in atto entro 3 anni i progetti necessari alla sua realizzazione;
- 2) a valutare la possibilità di avvalersi dell'apporto di privati sia per la realizzazione che per la gestione dello SPIA (p.es. di un'Associazione di Controllo Tecnico/ACT Alto Adige, da fondare);
- 3) a collegare eventualmente lo SPIA a sistemi analoghi dei Paesi finitimi;
- 4) a predisporre annualmente, dopo l'entrata in funzione dello SPIA, una relazione sullo stato dell'ambiente, trasmettendola anche al Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano.

-----

*Der Erholungswert der Landschaft ist Südtirols natürlichster Reichtum. Die Grenzen der Belastbarkeit sind vielfach bereits erreicht und zum Teil überschritten worden. Die Produktions- und Entsorgungsgebiete der Wohlstandsgesellschaft liegen in einem kleinen Land eng mit kulturellem Reichtum und unberührter Landschaft zusammen. Als Alpenbrücke zwischen den größten Wirtschaftsgebieten Europas sieht sich unsere Heimat einer wachsenden Transitbelastung ausgeliefert. Die wirtschaftliche, insbesondere die touristische Expansion und die Fehler eines Erschließungsbooms in den letzten zwei Jahrzehnten haben Natur und Landschaft arg zugesetzt. Der zivilisatorischen Bedürfnisexpansion ist bis in die jüngste Zeit herauf auf Landesebene nicht mit der notwendigen Planungstätigkeit begegnet worden.*

*Die ausgedehnten Landschaftsschäden, die zunehmend erkennbaren Schäden an unseren Wäldern, die unwiederbringlichen Verluste an wildlebenden Pflanzen und Tieren, die Zerstörung von Kunstwerken und Baudenkmälern sowie die besorgniserregende Gefährdung durch Lärmbelästigung und verunreinigte Luft, Gewässer und Boden und die drängenden Probleme der Müllentsorgung zwingen zu schnellem Handeln. Effizienter Umweltschutz muss von einer wissenschaftlichen Beurteilung bestehender und der frühzeitigen Erkennung neuer Gefahren ausgehen.*

*In Südtirol soll daher ein umfassendes Landesumweltinformationssystem (LUIS) aufgebaut werden, um ein systematisches Ermittlungs- und Prognoseinstrument für die Gesamtbelastung und die Entwicklung der Umwelt auf breiter wissenschaftlicher Grundlage zu schaffen. Insbesondere von Bedeutung sind dabei folgende Komponenten:*

- Luftmessnetz
- Bioindikatorenmessnetz
- Emissionskataster
- Radioaktivitätsmessnetz
- Bodenmessnetz



- Bodenbelastungskataster
- Bodenprobenbank bzw. -datenbank
- Grundwassermessnetz
- Grundwasserdatenbank
- Trinkwasserdatenbank

*In der Vergangenheit sind Umweltrisiken vielfach erst dann erkannt worden, wenn Schäden bereits eingetreten waren. Die Maßnahmen gegen solche Schäden kommen dann häufig zu spät und sind in der Regel wesentlich teurer als vorbeugende gefahrenverhindernde Maßnahmen.*

*Aus diesem Grund ist das Vorsorgeprinzip ein wesentlicher Bestandteil der Umweltpolitik. Es kann aber nur dann erfolgreich praktiziert werden, wenn entsprechende wissenschaftliche Grundlagen vorhanden sind.*

*Mit Hilfe des Landesumweltinformationssystems soll die Gesamtbelastung der Umwelt kontinuierlich, systematisch ermittelt und analysiert werden. Die vorgesehene kontinuierliche Beobachtung der chemischen, physikalischen und biologischen Entwicklungs- und Veränderungsprozesse in der Umwelt wird es dann auch ermöglichen, Voraussagen über künftige Umweltgefährdungen zu machen, um rechtzeitig vorzubeugen.*

*Daher wolle der*

*Südtiroler Landtag  
beschließen*

*die Landesregierung zu ersuchen,*

- 1. innerhalb einer angemessenen Frist ein Landesumweltinformationssystem (LUIS) in der Landesverwaltung aufzubauen und innerhalb von 3 Jahren die notwendigen Planungen in Angriff zu nehmen, die für den Aufbau des Landesumweltinformationssystems notwendig sind;*
- 2. die Möglichkeit zu erörtern, bei der Umsetzung und beim Betrieb des LUIS sich der Unterstützung durch Private zu bedienen (z.B. ein eventuell zu gründender Technischer Überwachungsverein/TÜV-Südtirol);*
- 3. das LUIS gegebenenfalls gleichfalls auch mit analogen Systemen umliegender Länder zusammenzuschließen;*
- 4. nach Inbetriebnahme des LUIS jährlich einen Umweltbericht zu erstellen und auch dem Südtiroler Landtag zu übermitteln.*

La parola al consigliere Frasnelli.

**FRASNELLI (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Umweltproblematik ist in den letzten Jahren auf eine neue Ebene der theoretischen Überlegungen und des praktischen Vorgehens gehoben worden. Umweltschutz ist zum Menschenschutz, ganz allgemein zur unverzichtbaren Voraussetzung für das Überleben der Menschheit und für die Sicherstellung des Generationenvertrages geworden. Umweltpolitik wird zur übergreifenden Klammer für das politische Handeln eines Gebietes der Staaten, ja der gesamten Völkergemeinschaft. Diese Zusammenhänge und der Stellenwert des Umweltschutzes gehen klar aus dem Koalitionspro-

gramm und den programmatischen Erklärungen des Regierungschefs hervor, dort wo geschrieben steht: "Es ist den Koalitionsparteien bewusst, dass ihre Umweltpolitik immer mehr zum Gradmesser ihres Erfolges wird. Die Erhaltung der natürlichen Umwelt, die die Lebensgrundlage für den Menschen darstellt, ist das zentrale Thema der Legislaturperiode. Die Landesregierung muss und wird sich der Herausforderung eines aktiven Umweltschutzes stellen. Damit wird der Übergang von einer reaktiven Umweltpolitik, die auf Umweltbelastungen gewissermaßen reagiert und die versucht, aufgetretene Schäden zu beseitigen, zu einer aktiven Umweltpolitik, die durch ordnungspolitische Eingriffe das Entstehen von Umweltbelastungen verhindert oder durch Eingriffe an der Quelle auf ein Minimum reduziert, festgeschrieben. Die Umweltproblematik hat in den letzten Jahren immer mehr internationalen Charakter bekommen. Ein Großteil der Umweltbelastungen werden nicht durch Maßnahmen oder Verhalten von Personen oder Institutionen im Lande selbst hervorgerufen, sie werden zu einem immer größeren Teil importiert. Denken wir an den Transitverkehr, denken wir an den Transport von Luftverunreinigungen über Tausende von Kilometern innerhalb weniger Tage, denken wir an die Situation bei Gewässern usw. Ein weiterer Teil hat seinen Ursprung im Lande, zeigt jedoch erst außerhalb der Landesgrenzen seine Auswirkungen. In diesem Zusammenhang die Abwässerdiskussion, an die erinnert sei. Ein beachtlicher Teil entsteht jedoch im Lande und entfaltet dort seine umweltbelastenden Auswirkungen. Die gesamte Müllkette, aber selbstverständlich auch Luftverunreinigung vor Ort durch Industrie, Hausbrand, aber in erster Linie auch Verkehr. Bei der Festlegung des Ausmaßes der Umweltbelastung, besonders bei der Festlegung der Wechselwirkung umweltbelastender Stoffe, auf die verschiedenen Teile des Ökosystems ist es notwendig, Systeme zur Strukturierung der umweltstatistischen Informationen zu entwickeln bzw. auch von anderen Ländern zu übernehmen oder sich mit ihnen kurzzuschließen. Umweltstatistik kann sich nicht auf die rein quantitative Dimension einzelner Faktoren beschränken, sondern muss in den Mittelpunkt der Überlegungen die Tatsache stellen, dass die zentralen Gesichtspunkte letztlich qualitativer Art sind, weshalb Güteparameter verschiedenster Ausprägung in die Betrachtung einzubeziehen sind.

Deshalb bildet der Aufbau einer umweltrelevanten Datensammlung eine wichtige Aufgabe für die Umweltpolitik der nächsten Jahre. Dabei sind sicherlich in erster Linie bereits bestehende Datenbestände einzubringen und bestehende Bestände auszubauen, jedoch auch neue Bereiche hinzuzunehmen. Die Beeinflussung der Umwelt hat tiefgreifende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche des Menschen. Umweltpolitik berührt deshalb alle Bereiche des individuellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und kann deshalb nur in Abstimmung und in Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Kräften und mit den Bürgern des Landes bewältigt werden. Dies führt notwendigerweise zu einer intensiven Arbeit der Konsensbildung, die nur auf der Grundlage einer umfassenden und abgesicherten Informationsbasis und mit Hilfe von mehrheitlich akzeptierten Prognosemodellen und Zukunftsszenarien möglich ist. Damit wird die Informationstätigkeit zu einer zentralen Aufgabe der Umweltpoli-

tik. Nur der überzeugte, motivierte und aktive Bürger kann zur Durchsetzung von umweltrelevanten Maßnahmen am sichersten verhelfen. Drei Eingriffsebenen zeichnen sich ab. Erstens, die Sanierung der Umweltschäden, die in der Vergangenheit durch fehlende oder falsche Maßnahmen entstanden sind und derzeit die Umwelt belasten. Zweitens, Schaffung der technischen und räumlichen Voraussetzungen für die geordnete Beseitigung von Gefahren und Belastungen, die von der menschlichen Tätigkeit und deren Einwirkung auf die Umwelt eingehen. Drittens – und dies ist sehr wesentlich –, die Verhinderung von neuen Belastungen und Gefahren durch ordnungspolitische oder wirtschaftspolitische Eingriffe an der Quelle bzw. durch die Entwicklung von Alternativen.

In diesem Sinne, um konkret und fundiert diese Ebenen des Eingriffes für die Landespolitik im Umweltbereich vornehmen zu können, schlägt der Beschlussantrag die Schaffung eines Umweltinformationssystems, auf der Grundlage eines dichten landesweiten Netzwerkes von Erfassungsstationen für die verschiedenen umweltbelastenden Stoffe vor, mit dem Ziel, Indikatoren zu entwickeln und Maßnahmen zur Schadenseindämmung bzw. zur Schadensverhinderung frühzeitig ergreifen zu können.

Hiermit wird ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung des Vorsorgeprinzips aber auch des Verursacherprinzips geleistet. Wir sind daher der Meinung, dass der Beschlussantrag in die richtige Richtung weist, die die Umweltpolitik in Südtirol verstärkt einschlagen muss, will sie wirksam und gezielt für die Menschen und für die Umwelt Schutzmaßnahmen einleiten und durchsetzen.

Ein Umweltinformationssystem muss jedoch über diese Zielsetzung hinausgehen. Es besteht nicht allein in der Sammlung einer Fülle von einzelnen Daten über die Belastungsfaktoren und über den Zustand der verschiedenen Medien, Boden, Luft, Wasser, Landschaft, Nahrung, sondern es muss derartige Informationen systematisch ordnen und miteinander in Beziehung setzen, um Wechselwirkungen aufzuzeigen, durch Güteparameter, auch für Laien, insbesondere aber den Entscheidungsträgern aussagekräftig machen. Regelmäßig und vollständig an eine breitere Öffentlichkeit weitergeben, damit die Bereitschaft für die Unterstützung umweltbezogener Maßnahmen in der Bevölkerung wächst, mit den Quellen der Umweltbelastung, den Verursachern in Verbindung bringen und untersuchen, wie sich wirtschaftliche und private Aktivitäten über verschiedene Wirkungsketten letztlich auf die Umwelt auswirken. Durch Taten über den Stand und die Entwicklung von Maßnahmen und technischen Einrichtungen ergänzen, die auf eine Minderung der Umweltbelastung abzielen. In den nächsten Jahren – dies ist der erste Punkt des Beschlussantrages im abschließenden Teil, weil man sich ja nicht vorstellen kann, dass innerhalb kürzester Zeit so ein umfassendes vernetztes System an Informationen aufgebaut werden kann – soll daher Folgendes geschehen: Es sollen die Grundsätze ausgearbeitet werden, denen ein Umweltinformationssystem in Südtirol zugrunde zu legen sind, die Art der zu erfassenden Daten näher definieren, die Wechselwirkungen zwischen diesen Daten festlegen, die vom Umweltinformationssystem ja dann aufgezeigt werden sollen; die Grund-

sätze für die statistische Auswertung der Datenbestände und deren Darstellung erarbeiten, die in der Landesverwaltung und anderen öffentlichen Verwaltungen insgesamt bereits heute vorhandenen Daten erfassen und zusammenführen und die bestehenden Messstationen verstärken, ausbauen und auch mit dem Beginn der Errichtung neuer Messstationen fortfahren.

Wir verfügen nun in Südtirol bereits über einen bestimmten Datenbestand. Folgende Einrichtungen besitzen derzeit den größten Teil an umweltrelevanten und auch auf Rechnern gespeicherten Daten: es ist einmal das chemische Landeslabor mit Messdaten zur Luft- und Wasserqualität, das medizinische Labor, das biologische Labor, das hydrographische Amt, das agrochemische Labor, die Sanitätseinheiten, Berufsfeuerwehr, Amt für Zivilschutz und auch aus dem gesundheitsmäßigen Bereich, sowie die Landesbaudirektion. Auch hat die Landesregierung im Frühjahr 1989 beschlossen, ein territoriales Informationssystem innerhalb der Landesverwaltung aufzubauen. Auch dieser Bereich ist hinzuzunehmen. Wenn man nun die internationale Situation vergleicht, so ist es notwendig, zu diesen Datenbeständen ganz spezifisch den Ausbau des Luftmessnetzes dazuzunehmen, in Richtung Errichtung eines Bioindikatorenmessnetzes, eines Emissionskatasters, der Radioaktivität, des Radioaktivitätsmessnetzes, Bodenmessnetz, Bodenbelastungskataster, dann die entsprechenden Probenbanken, und aus dem Wasserbereich das Grundwassermessnetz, Grundwasserdatenbank, Trinkwasserdatenbank und dgl. mehr anzudeuten, in welche Richtung nun die dichtere Vernetzung dieses Informationssystems fortentwickelt werden muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Um nun wissenschaftlich fundierte Grundlagen für eine aktive Umweltpolitik im verstärkten Maße zur Verfügung zu haben und um das Vorsorgeprinzip und Verursacherprinzip als wesentliche Bestandteile dieser aktiven Umweltpolitik konkret und fundiert realisieren zu können, ist es nun unsere Absicht, Ihnen diesen Beschlussantrag vorzulegen und sie zu ersuchen, ein breites Votum für diesen Beschlussantrag zu erbringen, damit wir in Zukunft ein wirksames Instrument zur Hand haben, um die Gesamtbelastung der Umwelt kontinuierlich systematisch zu ermitteln und zu analysieren, aber auch um rechtzeitig einzugreifen und zukünftige Umweltgefährdungen wenn möglich rechtzeitig vorzubeugen. Dass es daher sinnvoll ist, die Landesregierung und insbesondere den zuständigen Landesrat aufzufordern, dies wird im vierten Punkt des beschließenden Teiles vorgenommen, letztlich als Gesamtübersicht, und ich hoffe als Erfolgsberichterstattung, für den Fall, dass die Dinge dann einmal laufen, auch jährlich einen Umweltbericht zu erstellen und dem Südtiroler Landtag zu übermitteln und darüber, wenn möglich dann auch zu debattieren, dies scheint mir der logische Abschluss dieser Überlegungen zu sein, damit Regierung und Legislative verstärkt und fundiert aktiv an der Diskussion und an der Gestaltung der Umweltpolitik in diesem Lande mitwirken können. Ich danke, Herr Präsident.

**ACHMÜLLER (Landesrat für Personal, Landschafts- und Umweltschutz – SVP):** Herr Präsident! Ich möchte mich jetzt zu Wort melden, weil ich an-

schließlich eine Verpflichtung habe, die mit meinem Assessorat zusammenhängt und ich mich für den restlichen Fortgang der Diskussion entschuldigen muss. Mein Standpunkt ist Folgender: Es ist schon von Dr. Frasnelli darauf hingewiesen worden, dass im Koalitionsprogramm einer der zentralen Punkte der Umweltschutz ist und dass man in diesem Bereich in dieser Legislaturperiode Entscheidendes leisten will. Auch der Landeshauptmann selber hat in seinen Ausführungen damals gesagt, dass der Umweltschutz zum Gradmesser der Arbeit dieser Landesregierung werden würde. Nun, ich habe den Bereich Umweltschutz übernommen und habe bisher zur Kenntnis nehmen müssen, dass viel Aufholbedarf ist. Aufholbedarf, was die Gesamtstruktur betrifft, was das Personal betrifft, was die Räumlichkeiten betrifft und was die technischen Voraussetzungen betrifft. Ich weiß, dass ohne Daten kein effizienter Umweltschutz möglich ist bzw. dass Daten eine wichtige Voraussetzung für eine Umweltschutzpolitik sind, die ihren Aufgabenstellungen gerecht werden will. Sie wissen, wir haben heute im Rahmen der Landesverwaltung 5 Datenzentren, davon ist der Umweltschutz nicht betroffen. Ich finde, dass dies ein großes Versäumnis der bisherigen Landesregierungen war, wenngleich ich zugebe, dass das Umweltbewusstsein erst in der letzten Zeit bei uns allen gestiegen ist. Informationstätigkeit, und in diesem Sinne sind wir uns wohl alle einig, muss immer mehr zu einer zentralen Aufgabe der Umweltpolitik werden, denn es ist nun einmal so, dass der Bürger ein Recht auf Information hat.

Wir haben neulich eine Fahrt nach Baden-Württemberg unternommen, um uns dort die Strukturen anzusehen, und wir haben uns überzeugt, dass das Umweltinformationssystem, wenn es dort auch noch nicht voll ausgebaut ist, schon gut funktioniert. So ist es z.B. möglich, zu einer gewissen Stunde und Minute genau die Werte über den Rhein zu haben oder über die Ozonsituation im ganzen Lande Baden-Württemberg. So sollte es auch bei uns einmal sein, das wäre unsere Zielvorstellung, auch wenn ich mich keinen Illusionen hingeebe, denn ein solches Informationszentrum ist nicht von heute auf morgen aufgebaut, sondern es braucht Jahre dazu. Ich habe auch die Gelegenheit benutzt, auf der Klausurtagung der Landesregierung auf diesen Zustand hinzuweisen und ich habe hier auch das Verständnis seitens meiner Kollegen gefunden, und beim Landeshauptmann, der mir darin zustimmt, dass es im Umweltschutz ein Informationszentrum braucht und eines aufgebaut werden muss.

Wichtig ist nun, dass wir hier von vorneherein die Weichen richtig stellen. Deswegen möchte ich, dass, bevor Grundsatzentscheidungen getroffen werden, abgewartet wird, bis der Entwurf für das Dreijahresprogramm im Umweltschutz, welches wir in Auftrag gegeben haben, vorliegt. Aufgrund dieses Programmes, welches den Rahmen für die nächsten Jahre abstecken soll, werden wir dann die nötigen Entscheidungen treffen.

Es stimmt, wie Kollege Frasnelli gesagt hat, dass wir heute sicherlich bereits über verschiedene Daten verfügen. Sie müssen zunächst gesammelt werden. Wir müssen dann auch, um ein umfassendes Bild über die Umweltsituation im Lande zu erhalten, unser Messsystem, die Messstationen besser ausbauen. Sie wissen, dass wir z.B.

im Bereich der Luftgütemessungen in den größeren Zentren unseres Landes Stationen haben, die permanent in Betrieb sind. So sollte es auch in anderen Bereichen erfolgen.

Was den Ausblick für die Zukunft betrifft, möchte ich noch abschließend und zusammenfassend Folgendes festhalten. Der Beschlussantrag beinhaltet eine langfristige Zielsetzung und eine kürzerfristige. Mit der langfristigen Zielsetzung, hinsichtlich der Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Speicherung von Messdaten einverstanden, aber als zuständiger Landesrat muss ich darauf hinweisen, dass es nicht möglich sein wird, dies alles innerhalb der nächsten drei Jahre zu verwirklichen. Die Verwaltungsstrukturen für den Umweltschutz sind derzeit noch zu schwach, um eine solche Zielsetzung in der vorgesehenen Zeit von drei Jahren realisieren zu können. Deswegen habe ich auch darauf gedrängt, dass die Formulierung des beschließenden Teils etwas allgemeiner gehalten wurde. Die Verwaltung muss aber auf jeden Fall – und hier wären wir bei der kurzfristigen Zielsetzung – in den nächsten drei Jahren die notwendigen Planungen in Angriff nehmen, die für den Aufbau eines Infosystems die Voraussetzungen bilden. Sie wird darüber hinaus Öffentlichkeitsarbeit betreiben müssen, mit dem Ziel, das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu schärfen und alle sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte für die Durchsetzung des Umweltschutzes in Südtirol zu gewinnen. Es zählt sicherlich zu meiner wichtigsten Aufgabe, die personellen, finanziellen und programmatischen Voraussetzungen zu schaffen, um dem Umweltschutz die Bedeutung und die Rolle zukommen zu lassen, die ihm zusteht. Dazu gehört unter anderem auch der Aufbau dieses in diesem Beschlussantrag vorgeschlagenen Informationszentrums. Wir werden alles tun, dass dieses Zentrum zustande kommt, dass es zweckmäßig aufgebaut wird und effizient arbeiten kann.

In diesem Sinne stimmt die Landesregierung diesem Beschlussantrag zu und ersucht den Südtiroler Landtag, sich diesem Antrag anzuschließen.

**TRIBUS (Sekretär – GAF-GVA):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat Achmüller! Unserer Unterstützung können Sie sich sicher sein, die werden wir Ihnen zu diesem großartigen und grandiosen Vorhaben geben. Wenn ich richtig begriffen habe, ist das bereits in der Landesregierung bei der Klausur abgesprochen worden, weshalb wir eigentlich nur noch da sind, um das zu unterstreichen, zu verstärken und ...

**FRASNELLI (SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**TRIBUS (Sekretär – GAF-GVA):** Nein, nein, lieber Kollege, nein, Du hast nicht aufgepasst, das deckt sich nicht. Es ist ganz gleich, ich will natürlich, die Presse soll schreiben, dass der Frasnelli den LUIS in Südtirol eingeführt hat, obwohl die Regierung ihn bereits als Luis beschlossen hat. Aber das ist ein innerparteiliches Hick-Hack um Meriten, die mich nicht interessieren. Der Landesrat Achmüller wird in die

Geschichte eingehen, sollte er tatsächlich imstande sein, das zu machen, weil er der LUIS-Erfinder ist, und der Einbringer Frasnelli wird auch seine Meriten haben und auch in irgendeiner Fußnote als Einreicher dabeistehen, wenn es darum geht.

Aber darum geht es ja nicht. Es geht um viel mehr. Ich glaube, man braucht hier nicht Dinge zu wiederholen, die bereits gesagt worden sind – und zwar wiederholt –, dass der Besitz und die Einsichtnahme in Daten überhaupt die Grundvoraussetzung ist, um jede Politik machen zu können, nicht nur die Umweltpolitik, sondern jegliche Politik.

Da möchte ich nur auf ein Problem hinweisen, das mich irgendwie berührt. Obwohl wir kein LUIS haben, haben wir bereits Ämter, die über eine große Anzahl von Daten verfügen. Das Problem heute besteht darin, dass mit diesen Daten nicht herausgerückt wird. Man macht wiederholt und wiederholt Anfragen, möchte Ergebnisse über erhobene Messungen haben, z.B. wir haben seit Jahren eine Messstation am Rittner Horn, damals mit mords Furore vom Noch-nicht-Landeshauptmann Luis D. eingeführt, und seit drei Jahren rückt der Landesrat Luis D. mit den Daten, die wir laut LUIS haben müssten, nicht heraus. Also, Luis hin, Luis her, glaube ich, müssten wir uns nicht ganz einfach inzwischen auf drei Jahre vertrösten, sondern einen Beschluss fassen, das wäre wichtig, der die Einsicht in die Umweltdaten auch regelt, damit jeder Bürger das Recht hat, in Umweltakten Einsicht zu nehmen. Denn ansonsten machen wir uns etwas vor, vertrösten wir uns auf bessere Zeiten und wir sind nicht einmal in der Lage, das vielfältige Datenmaterial, das heute bereits in allen Sektoren da ist, die der Kollege Frasnelli bereits aufgezählt hat, nicht einmal diese Daten heute zu verwenden. Das ist schimpflich und schändlich, weil es auch zu Peinlichkeiten kommt, wie heuer im Sommer mit den Daten der "Kronos". Da durchsegelt die "Kronos" die Etsch, gibt Daten bekannt, und danach gibt es Polemik im Land, stimmen die Daten, stimmen sie nicht, nein sie stimmen nicht, oberflächlich, ein Beamter beschimpft wieder den anderen. Vor drei Tagen hingegen sagen die Ämter: "Ja, wir bestätigen die Daten der "Kronos", die noch vor 4-5 Monaten als unzumutbarer Angriff auf unsere Labors abgetan worden sind". Das sind alles Dinge, die tagtäglich passieren und die man auch jetzt angehen müsste, bis eben endlich das LUIS dem hier Abhilfe leistet.

Ich bin mit den ganzen Forderungen, die hier ausgesprochen werden, einverstanden, etwas aber möchte ich nicht haben: Punkt 4. Hier heißt es: "nach Inbetriebnahme des LUIS jährlich einen Umweltbericht zu erstellen und auch dem Südtiroler Landtag zu übermitteln". Auch da, ich sehe nicht ein, wieso in der Zwischenzeit zahlreiche Landtage, Regionalräte des In- und Auslandes jedes Jahr einen Umweltbericht vorlegen und sich dabei auf das bestehende Datenmaterial stützen, währenddem wir uns diese Möglichkeit verbauen, weil wir sagen, den Umweltbericht führen wir erst ein, sobald das LUIS uns koordiniert die Daten liefert. Das, glaube ich, ist nicht notwendig, das wir uns selbst eine Möglichkeit verbauen, die gegeben ist. Wir haben zu diesem Thema jedes Jahr bei der Haushaltsdebatte einen Antrag eingebracht, der ist immer knapp abgelehnt worden – meistens von der Volkspartei – und es hat dann ge-

heißen, es wird soweit sein, wenn die Beamten aufgestockt worden sind, wenn, dann wird das kommen. Jetzt – zumindest so sagte man uns voriges Jahr – ist das Assessorat neu strukturiert worden, also müsste man nun in der Lage sein. Ich meine, es ist ja kein Kunstwerk, dass alle Abteilungen, die es bereits gibt, jedes Jahr einen Bericht zur Lage der Nation machen, Luft, Wasser usw., das scheint doch keine großartige Sache zu sein. Ich weiß nicht, warum wir jetzt so tun, als sei das ein derart großartiges System, das auf uns zukommt, dass wir das nicht imstande sind zu haben.

Deshalb sind wir mit allen Punkten einverstanden, aber den vierten, der uns die Möglichkeit nehmen will, bereits nächstes Jahr einen Umweltbericht zu haben, den möchten wir natürlich nicht mittragen, weil wir weiterhin bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wieder diesen Umweltbericht fordern wollen und auch mit einem bestimmten Nachdruck fordern, zumal wir ja das Versprechen als "gentleman" des Landesrates, das er uns damals gemacht hat, auch eingehalten haben möchten. Man kann nicht versprechen, vertrösten und dann durch so kleine Tricks das de facto abschaffen.

**KLOTZ (UFS):** Erhebungen, Informationen, Vorsorgemaßnahmen sind jeweils der erste Schritt oder einer der notwendigen Schritte, um einem Problem beizukommen. Was nun die Problematik Umwelt anbelangt, so hat die Union für Südtirol immer bewiesen, dass sie sehr hellhörig und auch sehr verantwortungsbewusst ist. Im Übrigen brauche nicht ich das zu sagen, sondern Dr. Alfons Benedikter spricht als Person für sich, dass er diesem Problem sein Augenmerk und seine Ohren geschenkt hat, noch lange bevor wir hier mit massiven Diskussionen begonnen haben. Selbstverständlich werden wir diesem Beschlussantrag zustimmen, denn auch wir sind dafür, dass ein Informationssystem aufgebaut wird, dass es kontinuierliche, systematische Überprüfungen und Analysen gibt. Wir waren auch immer für den Umweltbericht, wir haben da immer mit den Grünen für dieses Anliegen gestimmt und ich bestätige, dass bis heute dieser jährliche Umweltbericht immer abgelehnt worden ist. Die Planungen, so steht in diesem Beschlussantrag, sollen innerhalb von drei Jahren in Angriff genommen werden. Bis die Planungen dann Wirklichkeit sein werden, sind wahrscheinlich noch weitere zwei drei Jahre vergangen, das Ganze wird also, wenn ich das richtig abschätzen kann, in 5-6 Jahren wirklich zum Tragen kommen.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten das Augenmerk nicht nur auf dieses System legen. Für uns genauso wichtig, wenn nicht noch von Priorität, ist die Umweltverträglichkeitsprüfung. Wir fragen jetzt – es tut uns leid, dass der Herr Landesrat Achmüller nicht da ist, um diese Frage zu beantworten -, wieweit es mit den Bestimmungen über die Umweltverträglichkeit gediehen ist, wo sie Durchführungsbestimmungen bleiben, was nun damit geschehen soll, denn das scheint mir, wäre ein erster sehr sehr notwendiger konkreter Schritt, ein aktiver Schritt. Man kann sagen, das LUIS ist zwar auch eine Aktion und ein aktiver Schritt, aber in erster Linie sind es informative Schritte, Analysen und dgl. Die Einführung, die konkrete Durchsetzung und



das Erfordernis der Umweltverträglichkeitsprüfungen, das wäre schon ein Stück mehr, so scheint mir, den man vorher noch tun könnte, um eben jetzt schon Dinge zu verhindern, die wir nachher auch mit dem ganzen Erfassen, mit der ganzen Systematik vielleicht nicht mehr lösen können, denn es werden ja Jahre vergehen, bis das greifen wird.

Ich würde also schon ersuchen und Wert darauf legen, dass wir darauf eine ganz konkrete Antwort bekommen, was mit diesen Bestimmungen zur Umweltverträglichkeit geschieht und wann die nun endlich greifen werden.

**BOLOGNINI (Assessore all'edilizia abitativa agevolata, trasporti e assistenza - DC):** Brevemente, per esprimere il mio assenso convinto a questa mozione. E' un documento che ripropone all'attenzione del Consiglio temi non nuovi, che sono stati oggetto di attenta valutazione anche nel corso della passata legislatura. Ricordo molto bene soprattutto i confronti serrati con i colleghi Tribus ed altri, dai cui banchi proveniva spesso la richiesta di organizzare una banca dati provinciale a sistema di rilevazione permanente per garantire un'approfondita conoscenza sulla situazione ambientale sull'intero territorio provinciale, al fine di poter pervenire anche alla stesura di periodiche relazioni sullo stato dell'ambiente in provincia di Bolzano, richiesta che veniva collegata a quella che annualmente veniva presentata in sede di dibattito sul bilancio di previsione quando si chiedeva un bilancio ambientale.

Debbo dire che finalmente si deve salutare con favore un'assunzione di consapevolezza politica di questo genere, che porta le forze di maggioranza al punto di decidere in maniera coerente le disponibilità finanziarie e l'opportuna organizzazione degli uffici, necessarie per avviare a realizzazione un programma impegnativo, ma indubbiamente essenziale di questa natura. Non si è trattato, come ha affermato il collega Achmüller, di un atto di negligenza della precedente Giunta, anche se il discorso può avere un margine di autocritica che gli torna ad onore, ma è la conseguenza di una duplicità di atteggiamento del gruppo della SVP su questo problema all'interno dell'amministrazione provinciale. Mentre da parte del Consiglio veniva richiesta un'attenzione corretta attorno a questi problemi, all'interno della Giunta non esisteva altrettanta disponibilità. Ma questo ha fatto parte di una storia durata 5 anni, su cui altre volte ci siamo intrattenuti all'interno di questo Consiglio. Credo che si debba salutare come un aspetto positivo, perché su questi problemi è meglio parlare francamente, il fatto che ci sia una ricompattazione convinta attorno ad una posizione moderna, avanzata, e che io saluto come molto positiva, all'interno di un partito che ha responsabilità di governo determinanti in questa provincia e quindi anche sotto il profilo di problemi così delicati come quello della tutela dell'ambiente. Non si è trattato di negligenza, si è trattato di non attenzione in molte situazioni, di non volontà di perseguire determinati risultati con l'adozione di determinati strumenti, assumendo determinati impegni.

Per quanto riguarda la relazione sullo stato dell'ambiente devo dire che questa relazione c'è da parecchi mesi. Evidenzia anche le condizioni di precarietà in cui sino ad oggi, pur riconoscendo al collega Achmüller una notevole buona volontà e attività in materia, si era svolta l'attività dell'Assessorato, condizioni di precarietà dal punto di vista di dotazione del personale, dal punto di vista di attrezzature degli uffici, dal punto di vista anche di rapporti a volte singolari tra uffici dipendenti da diversi Assessorati, tutte evidenziate all'interno di questa relazione, che con chiarezza era confessata esistere come base portante di questo documento sullo stato dell'ambiente stesso, e che possono essere state la causa per cui questa relazione non è stata posta, nonostante io l'abbia chiesto, a disposizione dei colleghi consiglieri. Sarà stato un lavoro modesto che non voleva avere limiti ambiziosi più ampi di quelli che necessariamente doveva proporsi e che cercava di dire, con molta franchezza, la verità. Per quanto mi riguarda colgo l'occasione per affermare che opportuno sarebbe porre a disposizione dei colleghi del Consiglio questa relazione, che tra l'altro è già stata pagata all'amministrazione provinciale.

Per quanto riguarda il punto 4) del documento, credo di poter comprendere lo spirito della richiesta del collega Tribus e di altri. In effetti attendere l'avvio di un'iniziativa di largo respiro, di grande importanza, come quella dell'istituzione di questo servizio di rilevazione dati e di coordinamento e quindi di predisposizione per la leggibilità degli stessi, per poter predisporre una relazione sull'ambiente, mi pare tutto sommato una cosa superata. Personalmente mi auguro che il collega Achmüller entri nell'ordine di idee di mettere a disposizione una relazione sullo stato dell'ambiente, che può essere fatta con gli strumenti che si hanno a disposizione. Non credo che i colleghi consiglieri chiedano qualcosa in più di quello che è possibile materialmente fare. Quello che si può fare è una raccolta coordinata di dati sufficientemente leggibili, che sono quelli che allo stato attuale delle risorse e disponibilità la Giunta provinciale mette a disposizione. Ma a parte questa considerazione, riconfermo il voto favorevole al documento.

**VIOLA (PCI):** Sono anch'io d'accordo con questa mozione che dota il Consiglio e la Provincia in genere di uno strumento importante per la difesa dell'ambiente e che rappresenta indubbiamente un salto di qualità in questa direzione. L'unica considerazione che mi permetto di fare è questa: c'è un problema nelle forme dovute, razionali di far pervenire queste informazioni al maggior numero possibile di persone, quindi fare in modo che questo servizio di rilevamento sia anche al servizio della popolazione. Come insegnante ricordo che tutti questi dati sono una miniera di informazioni che dovrebbero essere messe a disposizione con le forme dovute, con le mediazioni dovute, del mondo della scuola per coinvolgere i ragazzi su questo problema. Vedo quindi la possibilità anche di utilizzazione pedagogica di questo strumento.

**BENEDIKTER (UFS):** Es ist schon gesagt worden, es ist wieder einmal ein guter Vorsatz, und zwar, auch wenn er so zustande kommt, werden damit noch nicht echte Taten gesetzt auf die schönen Worte, wie sie auch im Koalitionsprogramm enthalten sind, und auf diese schönen Worte, wo ja der Landeshauptmann einmal gesagt hat: "Diesen Worten müssen Taten folgen", ja es sind Taten gefolgt, aber eine Reihe von Taten, die genau das Gegenteil bewirkt haben. Aber es ist nicht die Zeit vorhanden, sie aufzuzählen, nachdem ich nur einige Minuten habe. Ich möchte nur erinnern, dass, abgesehen vom LUIS es gut wäre, wenn der Luis, der echte Luis, wenn er sich nicht widersetzen würde, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung landesgesetzlich geregelt würde, nämlich, in den Jahren 1987/88 war ein Assessorenkomitee, das diesen Gesetzesentwurf ausgearbeitet hat, dann hätte er vom Ausschuss behandelt werden sollen, und zwar noch im Frühjahr 1988, und wurde dann auf Betreiben auch des Luis vertagt, und zwar praktisch auf die Weise nicht mehr für die letzte Legislaturperiode verabschiedet. Ich sage es deswegen, weil das Trentino seit September 1988 ein Gesetz hat, das einerseits allesumfassend ist, d.h. alles der Umweltverträglichkeitsprüfung unterwirft, wie es die Alpenschutzkonventionsrichtlinien, von der gestern die Rede war, wie es die Minister in ihren Richtlinien am 1. Oktober beschlossen haben, es ist da alles drinnen, allerdings enthält es dann eine Anpassung – und das betrifft jetzt nicht, was der Umweltverträglichkeitsprüfung unterworfen ist, sondern das betrifft, nämlich es besteht seit 1986 ein Staatsgesetz, womit das Umweltschutzministerium eingeführt wurde und gleichzeitig provisorisch für ganz Italien die Umweltverträglichkeit gemäß den EG-Richtlinien eingeführt wurde, denn die EG-Richtlinien sind ja 1985 verfallen, d.h. es ist der Termin verfallen. Heute gilt auch bei uns das Staatsgesetz, das sich aber nur auf die großen Dinge bezieht, so wie die Straßen von internationaler Bedeutung usw., in großen Linien, aber nicht das, was uns besonders interessieren muss, nach allen diesen guten Vorsätzen, wie man sie gestern wieder gehört hat.

Das Trentino hat alles unterworfen, was unter diese Richtlinien fällt, so weit so gut, nur hat es dann gegenüber dem Staat, damit das Gesetz durchgehe, hat es das Zugeständnis gemacht, dass dort, wo der Staat sich die Umweltverträglichkeitsprüfung für staatliche Dinge vorbehalten hat, dass dort eben der Staat zuständig bleibt und nicht das Land, wogegen selbstverständlich, wenn wir schon die primäre Zuständigkeit für Landschaftsschutz und Umweltschutz haben, dann muss alles dieser einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterworfen werden und nicht eine Teilung zwischen Gegenständen, die der Staat überprüft und Gegenständen, die das Land überprüft.

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**ROSA FRANZELIN-WERTH**

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Abgeordneter Benedikter, Sie haben Ihre Zeit schon verbraucht. Die Abgeordnete Klotz hat 4 Minuten lang gesprochen und Sie hatten nur

noch 3 Minuten zur Verfügung, die jetzt eigentlich um wären. Insgesamt hat die Fraktion 7 Minuten. Ich ersuche Sie, abzuschließen.

**BENEDIKTER (UFS):** Ich wollte nur noch sagen, das Trientner Gesetz ist insofern nicht in Ordnung, weil man eben dem Staat seine Sachen überlässt, obwohl wir wünschön, wenn wir die primäre Zuständigkeit haben, eben auch für alles zuständig sein müssen, wenn auch dann der Staat seine Gründe geltend machen kann.

**MONTALI (MSI-DN):** Signora Presidente, signori presentatori della mozione, il nostro gruppo voterà con amarezza questa mozione, ma la voterà perché è un atto di denuncia dell'incapacità della Giunta provinciale e della maggioranza nei confronti di un problema come l'ambiente, perché la mozione sta a significare che la Provincia, nei confronti di questi problemi, in 30 anni non ha saputo fare assolutamente niente. Oggi sente la necessità, attraverso il capogruppo del partito che governa questa Provincia, non di predisporre organismi per andare a verificare i danni ambientali e fronteggiarli, ma sente la necessità di essere informata. Dà poi tre anni di tempo per informarci, e il consigliere Viola dice che sarebbe bene fosse informata anche la popolazione scolastica a fini pedagogici. Noi non abbiamo bisogno di essere informati, abbiamo bisogno che i problemi dell'impatto ambientale siano affrontati e risolti dagli organismi provinciali.

Sai che soddisfazione, consigliere Frasnelli, quando saremo informati che l'Adige nel 1988 era inquinato al di sopra dei limiti consentiti!

Noi la votiamo volentieri, perché è una denuncia di accusa nei confronti della Giunta provinciale, degli organismi provinciali, in primo luogo per non essersi dotati degli strumenti che il consigliere Frasnelli oggi propone; in secondo luogo non propone perché facciano, propone perché ci informino, così una volta che siamo informati saremo tranquilli nei confronti dell'impatto ambientale avvenuto, dello scempio ambientale avvenuto.

Aggiungo poi altre motivazioni di carattere tecnico.

Consigliere Frasnelli: Giunta che risponderà dicendo che è dispostissima ad accettare questa indicazione! Dove è andato a finire il piano territoriale provinciale che doveva essere approvato nel 1988 dalla Giunta? Il piano provinciale prevedeva il piano delle centrali idroelettriche che hanno una grossa incidenza sull'impatto ambientale. E della viabilità? Dei fangodotti? La mozione parla delle discariche, ecc.

**CONSIGLIERE:** (*interrompe – unterbricht*)

**MONTALI (MSI-DN):** Il fangodotto famoso faceva parte dei piani territoriali. E i depuratori? Cosa va a dire, consigliere Frasnelli, ai sei sindaci della Val Venosta, Merano compresa, che sono stati denunciati per omissione di atti nei confronti della predisposizione dei depuratori nei comuni? State calmi signori sindaci, non pre-

occupatevi, adesso avremo la spia e entro tre anni vi informeremo che siete responsabili come sindaci dei comuni di predisporre i depuratori! State tranquilli, veniamo a diffendervi noi!

E ai convegni, consigliere Frasnelli, con la provincia di Trento, e ai sindaci dei comuni di Rovereto, ecc., chiamati in tribunale dalla provincia di Rovigo per l'inquinamento dell'Adige, cosa diciamo? Aspettiamo perché avremo la spia? Avremo un complesso di computer, di uffici che ci organizzeranno l'informazione. Lei dice: "L'inquinamento delle acque e del suolo, l'urgente necessità di uno smaltimento dei rifiuti costringono un'azione repentina". "Repentina" in lingua italiana, consigliere Frasnelli, vuol dire 5 giorni di tempo, tre giorni di tempo.

Notavo con una battuta che fra tutti gli strumenti necessari che Lei ha indicato alla Giunta non c'è un corso di canoisti, che sarebbe molto importante, se un'entità esterna alla Provincia con 5 canoe in 5 giorni le ha determinato l'inquinamento del fiume Adige e ne ha dato informazione. Lei aspetta tre anni per organismi di questo genere? Può sembrare una battuta, ma se uno la considera per quello che è, forse non è proprio una battuta.

Consigliere Frasnelli, la prassi è che tutti gli uffici organizzati si buttano purtroppo sul cadavere, e purtroppo qualche volta sono uomini i cadaveri, dopo che le tragedie si avverano. Noi aspettiamo questo ufficio informazione, che però avremmo voluto vedere tradotto qui dentro in un impegno della Giunta ad attuare i servizi per fronteggiare i problemi, non per informare. Una volta che siamo stati informati che è crollata la diga di Stava, siamo tutti contenti per l'informazione preventiva!

Il nostro voto non è contrario all'intendimento, ma è soprattutto un voto che sottolinea la denuncia all'autoaccusa che la Provincia fa attraverso questo strumento della sua incapacità che dura da 20 anni.

**FRASNELLI (SVP):** Frau Präsidentin! Kollege Tribus spricht zur Sache, liebt aber den Versuch der kleinen Nadelstiche, und lediglich der Korrektheit halber die Information an ihn, dass am 12. Mai der Unterfertigte diesen Beschlussantrag der eigenen Fraktion vorgelegt hat, ein halbes Jahr eher, als in der Landesregierung darüber gesprochen worden ist, aber nach Genehmigungen der Fraktion sind auch vereinzelt Medien davon unterrichtet worden und es bedarf – ich kann ihn beruhigen – sicherlich keiner Zeilen.

Was die Umweltverträglichkeitsprüfung anbelangt, die mehrmals angesprochen worden ist, darf ich ebenfalls mitteilen, dass der Unterfertigte für die Fraktion vor etwa 5 Monaten einen Entwurf ausgearbeitet und der Fraktion vorgelegt hat. Die Fraktion hat entschieden, dass mit dem zuständigen Landesrat ein Einvernehmen zu finden ist. In der Zwischenzeit ist nach mehreren Gesprächen die Situation folgende: dass demnächst ein Landesregierungsgesetzentwurf den gesetzgebenden Weg nehmen wird.

Was die Verwendung der Daten anbelangt, glaube ich, habe ich auch in den Ausführungen klar zum Ausdruck gebracht, dass die erhobenen Werte nicht in "ca-

mera caritatis" vermodern, sondern zum einen Grundlage für Ordnungspolitik darstellen, zum anderen zur Konsensbildung mit den gesellschaftlichen Kräften und den Bürgern herangezogen werden soll und auf jeden Fall auch in den Umweltbericht aufgenommen werden soll.

Nach dieser Art und Weise habe ich den wesentlichen Einwänden versucht Rechnung zu tragen und ersuche nun die Damen und Herren, so breit wie möglich diesem Beschlussantrag ihre Ja-Stimme zu geben. Danke, Frau Präsident!

**TRIBUS (Sekretär – GAF-GVA):** Ich ersuche, dass wir in der Abstimmung den beschließenden Teil nach Ziffern abstimmen, weil wir uns z.B. zum letzten Punkt nicht einverstanden erklären können.

**PRÄSIDENTIN:** Wenn niemand anders die getrennte Abstimmung verlangt, können wir alle Punkte abstimmen und dann getrennt den Punkt 4 abstimmen.

Somit stimmen wir über den Beschlussantrag ab: bei 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Wir stimmen über Punkt 4 ab: bei 3 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Um 15.00 Uhr fahren wir mit der Sitzung fort, und zwar mit der Behandlung des Gesetzentwurfes Nr. 30/89: "Abschlussrechnung 1988 der Landesverwaltung".

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.55 UHR

-----

ORE 15.08 UHR

*(Namensaufruf – Appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung wird fortgesetzt.

Punkt 14 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 30/89: "Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Landes für das Haushaltsjahr 1988"*.

Punto 14) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 30/89: "Approvazione del rendiconto generale della Provincia per l'esercizio finanziario 1988"*.

Ich ersuche den Landeshauptmann um die Verlesung des Berichtes.

*Werte Damen und Herren Abgeordnete!  
Mit diesem Gesetzentwurf wird die Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Landes für das Haushaltsjahr 1988*

vorgeschlagen, die die Finanzrechnung der Haushaltsgebarung, die allgemeine Vermögensrechnung und die Abschlussrechnung weiterer Sonderführungen, darunter auch die der Landesfeuerwehrrkasse, enthält.

Die betreffende Rechnungslegung wurde vom Rechnungshof in rechtssprechender Funktion, in gemeinsamer Beratung sämtlicher Sektionen, mit Entscheid vom 14. Juli 1989 als ordnungsgemäß erklärt.

Die Ordnungsmäßigkeitserklärung des Dokumentes muss Anlass zur Genugtuung der Vertreter der hiesigen Bevölkerung sein, da somit die allgemeine Korrektheit der Verwaltung und die Fähigkeit der Bediensteten unseres Landes in der Verwaltung der öffentlichen Gelder bestätigt werden. Das Gutachten des Rechnungshofes erfolgte nach einer Reihe von Überprüfungen der Tätigkeit der Landesverwaltung im Jahr 1988, wie aus den Prämissen des Entscheides der Kontrollorgane im Abschnitt "zur Rechtslage" zu erlesen ist: "Aus der Gegenüberstellung der in der allgemeinen Rechnungslegung aufgezeigten Ergebnisse und der Haushaltsgesetze, ergab sich die Übereinstimmung der Angaben über die Einnahmen mit den beigelegten Unterlagen, sowie die Übereinstimmung der Angaben über die im Laufe des Rechnungsjahres angeordneten und gezahlten Ausgaben mit den beim Rechnungshof aufliegenden und von diesem überprüften Unterlagen. Ebenso ist die Ordnungsmäßigkeit der Passivrückstände aufgrund der Zweckbindungsbeschlüsse und der ausgestellten Zahlungstitel festgestellt worden. Was die Gebarung der den bevollmächtigten Beamten zur Verfügung gestellten Beträge anbelangt, bestätigt der Vergleich mit den Unterlagen des Rechnungshofes die Ordnungsmäßigkeit der Krediteröffnungen und deren endgültigen Stand bei Haushaltsabschluss. Was die allgemeine Vermögensrechnung anbelangt, so kann aufgrund der Überprüfungen der Kontrollsektion für die Region Trentino-Südtirol die Ordnungsmäßigkeit derselben Rechnung bestätigt werden."

Dies vorausgeschickt wird erinnert, dass die Ergebnisse der Finanz- und Vermögensgebarung des Jahres 1988, verglichen mit jenen des vorhergehenden Jahres, pflichtgemäß in den erläuternden Bemerkungen erklärt und auf Seite 9 und auf Seite 313 der allgemeinen Rechnungslegung (Buch Nr. 1) wiedergegeben sind.

Was die Finanzgebarung betrifft, beginnt die Analyse, die dort durchgeführt wird, mit der Erläuterung der zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1988 verfolgten Kriterien; außerdem werden die wichtigsten während des Haushaltsjahres eingetretenen Haushaltsänderungen erinnert; es sind somit die Ergebnisse der Kompetenzgebarung der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1988, der Einnahme- und Ausgaberrückstände aus vorhergehenden Jahren und der Kassengebarung aufgezeigt. Im Besonderen werden die Ursachen geklärt, welche den Verwaltungsfehlbetrag am Ende des Jahres 1988 bewirkten. Das alles wird durch eigene Aufstellungen ergänzt, die den Vergleich mit der vorhergehenden Haushaltsgebarung ermöglichen.

Eine detaillierte Rechnungslegung der von den einzelnen Assessoraten ausgeübten Tätigkeit ergibt sich aus den Berichten über die sektoriellen Maßnahmen, die in einer eigenen Broschüre (Buch Nr.

3) wiedergegeben sind. In diesen Berichten geben die Landesämter oder –dienste in sehr freier Form, wenn auch nach einem einheitlichen Muster, die Ergebnisse der Verwaltungstätigkeit wieder, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen und es werden auch die eventuell entstandenen Schwierigkeiten zur Erreichung der vorgesetzten Ziele hervorgehoben.

Was hingegen die Vermögensgebarung betrifft, sind in den erläuternden Bemerkungen zur allgemeinen Vermögensrechnung auf Seite 313 die hauptsächlichen Änderungen in den verschiedenen Kategorien und Posten der Vermögensgüter des Landes, die sich während des Jahres ergeben haben, veranschaulicht und begründet und es werden die Zusammenhänge zwischen der finanziellen Haushaltsgebarung und den Vermögenserhöhungen und –verminderungen angegeben.

Der allgemeinen Rechnungslegung sind auch einige, vom Gesetz vorgesehene besondere Konten beigelegt. Unter diesen erinnern wir die Rechnungslegung der Landesfeuerwehrrasse, die ebenfalls vom Kontrollorgan als rechtmäßig befunden wurde und die Rechnungslegungen der Gebarungen, sozusagen, "außerhalb des Haushaltes", die von eigenen Gesetzen bewilligt wurden.

Was den Bericht des Rechnungshofes betrifft, der im Buch Nr. 2 wiedergegeben ist, enthält er, wie in der Vergangenheit, die Bemerkungen des Rechnungshofes über die Art wie sich die Landesverwaltung an die Gesetze gehalten hat, sowie Ratschläge für Änderungen und Reformen, die als angebracht erachtet werden. Dieser Bericht, der auch den beiden Zweigen des Parlaments mitgeteilt wird, greift an mehreren Stellen Daten und Beurteilungen auf, die in den erläuternden Bemerkungen zur Finanz- und Vermögensrechnung angeführt sind und bietet immer Gelegenheit zu mehreren Überlegungen. Neben einigen negativen Bemerkungen über besondere Aspekte der Landesordnung und –tätigkeit, drückt das Kontrollorgan auch seine Wertschätzung dort aus, wo die Verwaltung die Vorschläge des Rechnungshofes akzeptiert hat.

Die den werten Landtagsabgeordneten zur Verfügung gestellte Dokumentation zur Überprüfung und zur politischen Bewertung der Finanz- und Vermögensgebarung des Jahres 1988 erscheint ausgiebig. Eventuelle Zweifel können von den Kollegen Landesräten, jeder für den Bereich seiner Zuständigkeit, im Laufe der Debatte im Landtag geklärt werden. Als letzte vom Gesetz vorgesehene Erfüllung über die Gebarung 1988 ersucht man, beiliegende Rechnungslegung zu genehmigen.

Der Gesetzentwurf gliedert sich in zwei Sektionen: die erste – vier Artikel – betrifft die Tätigkeit der Landesverwaltung, während die zweite – drei Artikel – die Haushaltsgebarung der Landesfeuerwehrrasse betrifft. Der letzte Artikel des Gesetzentwurfes (Art. 8) sieht die getrennte Genehmigung beider Rechnungslegungen vor, auch wenn jene der Feuerwehrrasse eine Beilage zur Rechnungslegung des Landes bildet.

-----

Signore e signori consiglieri,  
con il presente disegno di legge si propone l'approvazione del rendiconto generale della Provincia per l'esercizio 1988, compren-



dente il conto della gestione del bilancio, il conto generale del patrimonio e i rendiconti di altre gestioni particolari, tra cui quella della Cassa provinciale antincendi.

Il rendiconto in argomento è stato dichiarato regolare dalla Corte dei Conti a Sezioni riunite in sede giurisdizionale, con decisione del 14 luglio scorso.

La dichiarazione di regolarità del documento deve costituire motivo di soddisfazione per i rappresentanti della popolazione locale, in quanto dimostra la generale correttezza amministrativa e capacità professionale degli operatori della nostra Provincia nella gestione del pubblico denaro. Come si legge nelle premesse in "diritto" della decisione dell'organo di controllo, il giudizio della Corte dei Conti è avvenuto dopo una serie di riscontri sull'attività dell'Amministrazione provinciale nell'esercizio 1988:

"Ai fini del confronto dei risultati esposti nel rendiconto generale della Provincia con le leggi del bilancio, è stata accertata la concordanza dei dati inerenti alle entrate con la documentazione prodotta, nonché di quelli relativi alle spese, ordinate e pagate durante l'esercizio, con le scritture tenute o controllate dalla Corte. Sono stati altresì accertati i residui passivi sulla base delle deliberazioni di impegno e dei titoli di spesa emessi. Per quanto concerne le gestioni dei fondi posti a disposizione dei funzionari delegati, il confronto con le scritture della Corte dà atto della legittimità delle aperture di credito e della definitiva situazione di esse alla chiusura dell'esercizio. Quanto al conto generale del patrimonio, le verificazioni effettuate dalla Sezione di controllo per il Trentino-Alto Adige, consentono di dichiarare la regolarità del conto medesimo".

Ciò premesso, si ricorda che i risultati della gestione finanziaria e patrimoniale dell'anno 1988, confrontati con quelli dell'esercizio precedente, sono debitamente commentati nelle note illustrative riportate rispettivamente a pag. 9 e a pag. 313 del rendiconto generale (volume n. 1).

Per quanto riguarda la gestione finanziaria, l'analisi svolta in quella sede parte dall'esposizione dei criteri seguiti per l'impostazione del bilancio di previsione per l'anno 1988; vengono poi ricordate le principali variazioni al bilancio intervenute durante l'esercizio; sono quindi illustrati i risultati della gestione delle entrate e delle spese di competenza dell'anno 1988, dei residui attivi e passivi rimasti dagli esercizi precedenti e della gestione di cassa. Vengono in particolare chiarite le cause che hanno determinato il disavanzo di amministrazione al termine dell'esercizio 1988. Il tutto è corredato da apposite tabelle che consentono il raffronto con i dati dell'esercizio precedente.

Un rendiconto dettagliato dell'attività svolta a livello di singolo assessorato risulta poi dalle relazioni di settore, riportate nell'apposito fascicolo contrassegnato con il numero 3. In esse i vari uffici o servizi provinciali espongono in forma molto libera, sia pure seguendo uno schema espositivo uniforme, i risultati dell'attività svolta nelle materie di loro competenza, evidenziando anche le difficoltà eventualmente incontrate per il raggiungimento degli obiettivi prefissati.

Quanto invece alla gestione del patrimonio provinciale, nelle note illustrative dell'apposito conto generale, a pag. 313, sono evidenziate e motivate le principali variazioni verificatesi durante l'anno nelle

diverse categorie e partite di beni della Provincia e vengono individuate le connessioni tra la gestione del bilancio finanziario e gli aumenti e le diminuzioni patrimoniali.

Al rendiconto generale sono allegati anche alcuni conti particolari previsti dalla legge. Tra questi ricordiamo il rendiconto della Cassa provinciale antincendi, dichiarato anch'esso regolare dall'organo di controllo, e i rendiconti delle gestioni cosiddette "fuori bilancio" autorizzate da speciali disposizioni legislative.

Per quanto concerne la relazione della Corte dei Conti, riportata nel fascicolo n. 2, si fa presente che essa contiene come in passato le osservazioni della Corte stessa intorno al modo con cui l'Amministrazione provinciale si è attenuta alle leggi, nonché i suggerimenti circa le variazioni e le riforme ritenute opportune. Tale relazione, che viene comunicata anche ai due rami del Parlamento, riprende in più parti dati e giudizi riportati nelle note illustrative al conto finanziario e al conto patrimoniale ed offre sempre notevoli spunti di riflessione. Accanto a taluni rilievi negativi su particolari aspetti dell'ordinamento e dell'attività provinciale, tuttavia l'organo di controllo esprime anche apprezzamenti laddove l'Amministrazione ha accolto le proposte fatte in passato dallo stesso organo.

La documentazione messa a disposizione dei Colleghi Consiglieri per l'esame e le valutazioni politiche sulla gestione dell'esercizio 1988 appare esauriente. Eventuali interrogativi potranno essere chiariti dai Colleghi assessori, ciascuno per le materie di rispettiva competenza, nel corso dell'esame del provvedimento nell'aula consiliare. Si chiede quindi, quale ultimo adempimento previsto dalla legge per quanto riguarda la gestione 1988, di approvare l'unito rendiconto.

Il disegno di legge è strutturato in due sezioni: la prima, di quattro articoli, riguarda l'attività propria dell'Amministrazione provinciale, mentre la seconda, di tre articoli, riguarda la gestione del bilancio della Cassa provinciale antincendi. L'ultimo articolo del disegno di legge (art. 8) dispone l'approvazione disgiunta dei due rendiconti, anche se quello della Cassa antincendi costituisce allegato del primo.

Ich bitte um Verlesung des Berichtes der dritten Gesetzgebungskommission.

**PETERLINI (SVP):** Die III. Gesetzgebungskommission ist am 24. Oktober 1989 im Repräsentationssaal des Landhauses II zusammengetreten, um obengenannten Gesetzentwurf zu behandeln.

Der Vorsitzende hat den Begleitbericht zum Gesetzentwurf verlesen und dann die Generaldebatte eröffnet.

Nachdem sich kein Kommissionsmitglied zu Wort gemeldet hat, hat der Vorsitzende Dr. Peterlini die Generaldebatte für geschlossen erklärt und den Übergang zur Sachdebatte zur Abstimmung gebracht. Dieser wurde mehrheitlich bei 1 Gegenstimme genehmigt.

Die Kommission hat sodann alle Artikel des Gesetzentwurfes mehrheitlich bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Ohne Erklärung zur Stimmabgabe wurde der Landesgesetzentwurf Nr. 30/89 mehrheitlich bei 2 Enthaltungen genehmigt.

-----

*La terza Commissione legislativa si è riunita il 24 ottobre 1989, nella sala di rappresentanza del Palazzo provinciale II, per la trattazione del disegno di legge sopraccitato.*

*Il Presidente ha dato lettura della relazione accompagnatoria al disegno di legge e ha dichiarato poi aperta la discussione generale.*

*Nessun membro della Commissione ha chiesto la parola, pertanto il Presidente dott. Peterlini ha dichiarato chiusa la discussione generale ed ha posto in votazione il passaggio alla discussione articolata, approvato a maggioranza con 1 voto contrario. La*

*Commissione ha approvato in seguito tutti gli articoli del disegno di legge a maggioranza con 2 astensioni.*

*In assenza di dichiarazioni di voto, il disegno di legge provinciale n. 30/89 è stato approvato a maggioranza con 2 astensioni.*

Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer wünscht das Wort? Der Abgeordnete Tribus hat das Wort.

**TRIBUS (Sekretär – GAF-GVA):** Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann! In der Tat ist diese Wortmeldung mehr eine Pflichtübung, um irgend etwas gesagt zu haben, weil derartige Diskussionen im Wesentlichen nicht viel bringen; es handelt sich ja hier nur um eine Bestätigung dessen, was bereits passiert ist. Wie der Landeshauptmann in seiner Funktion als Lektor bereits unterstrichen hat, ist ja formaljuridisch festgestellt worden, dass alles in bester Ordnung sei. Dem also ist nichts anzufügen und dieses Urteil können wir nur teilen, weil es ja von den Richtern ausgesprochen worden ist.

Die einzige Diskussionsunterlage, die sich für uns als Oppositionsabgeordnete ergibt, ist der Bericht des Rechnungshofes, der im Wesentlichen einen Überblick gibt, eigentlich einen sehr interessanten Überblick über ein abgelaufenes Finanzjahr. Man kann dort Einsicht nehmen und wissen, was in den einzelnen Sektoren passiert ist, und das ist sehr lehrreich, meistens lehrreicher als die Haushaltsdebatte selbst, weil sie doch einen gewissen Einblick gewährt. Gleichzeitig kann man auch auf einige Schwachstellen der Landesregierung aufmerksam gemacht werden, einige Punkte, die der Rechnungshof herausgestrichen hat. Diese will ich nur in einigen Minuten – keine Angst, ich rede nicht eine Stunde – herausgreifen, um dann festzustellen, ob sie nächstes Jahr oder in der nächsten Abschlussrechnung korrigiert werden oder ob bestimmte Sünden der Landesverwaltung regelmäßig weitergezogen werden, wie z.B. die Gültigkeitsdauer des Zweisprachigkeitsnachweises. Das war einer jener Punkte, die seit zig Jahren im Bericht des Rechnungshofes als illegal aufgezeigt worden sind und das ist trotz dieser Aufzeichnung seitens des Rechnungshofes erst seit einiger Zeit beseitigt worden.

Auf welche Schwachstellen macht uns der Rechnungshof aufmerksam? Zum einen, es beginnt bereits bei der Vermögensgebarung, wo uns mitgeteilt wird, dass die Verzögerung hinsichtlich der Klärung des Problems der Verwaltung der Liegenschaf-

ten und der Führung der entsprechenden Inventare eine Reihe von negativen Aspekten provoziert hat. Es wird uns mitgeteilt, dass die Liegenschaften überhaupt nicht aufgewertet und auf den letzten Stand gebracht worden sind und dass die Liegenschaften des Landes z.T. überhaupt nicht inventarisiert sind. Auch das sind Erkenntnisse, die man diesem Bericht abgewinnen kann, obwohl sehr zahlreiche Liegenschaften erneut dazugekommen sind. Diese etwas chaotische Handhabung verhindert rigorose Kontrollen und Überprüfungen.

Ein weiterer Punkt, der mir interessant scheint und als Hinweis genommen werden könnte, ein guter Ratschlag, der hier gegeben worden ist, den wir auch unterstützen würden, ist der, dass in unserer jetzigen Haushaltsgebarung ein erläuternder Bericht zu den wirtschaftlichen Ergebnissen fehlt. "In einem solchen Bericht", heißt es da, "müssten die Kosten und die Ergebnisse erläutert und bewertet werden, um eine signifikantere Darstellung der Ergebnisse der Verwaltungstätigkeit zu gewährleisten". Das wäre eine ganz gute Sache, dass man tatsächlich weiß, wohin die Gelder fließen oder was mit diesen Geldern passiert ist, ansonsten verliert man tatsächlich den Überblick. Dieser Bericht versucht irgendwie das nachzuzeichnen was geschehen ist, aber ich glaube, es wäre eine gute Sache, Herr Landeshauptmann, wenn Sie das als Regierung beschließen könnten, diesen Vorschlag aufnehmen könnten, dass man jeweils auch eine minimale Ahnung hat und sieht, inwieweit die Investitionen, die Jahr für Jahr getätigt worden sind, auch zielführend und wirtschaftlich sinnvoll waren.

Eine andere Schwachstelle, die wir auch wiederholt angesprochen haben, ist auch wieder vermerkt, nämlich Folgende: Es sind die Beiträge an die kulturellen Vereinigungen, die, wie der Bericht sagt "wie Pilze aus dem Boden geschossen sind" und die ja, wie bekannt ist, bereits 50 Prozent des gewährten Beitrages aufgrund der Einreichung des Beitragsgesuches erhalten können, ohne dass sie dafür die entsprechenden Unterlagen vorlegen müssen. Auch hier heißt es, dass sich die Situation gebessert hat, aber dass es noch immer Körperschaften gibt, die Vorschüsse erhalten, die aber dann, die Vorleger, am Ende nicht imstande sind, auch die getätigten Spesen nachzuweisen.

Ein weiterer interessanter Hinweis betrifft das Kapitel "Wohnbauförderung", wo uns mitgeteilt wird, dass "infolge des Mangels an Baugründen konnten die beträchtlichen finanziellen Mittel im geförderten Wohnbau in der Höhe von insgesamt 236,7 Mrd. nicht eingesetzt werden". Zu besagten Mitteln kommen noch weitere in finanzieller Höhe von 233,2 Mrd. aus Passivrückständen dazu, was zur Folge hat, dass mehr als 20 Mrd., ca. ein Drittel der Mittel, die das Land dem Institut für geförderten Wohnbau zwecks Bau oder Kauf von Wohnungen zur Verfügung gestellt hat, überhaupt nicht verwendet werden, obwohl 5000 Ansuchen um Wohnbauförderung darauf warten, berücksichtigt zu werden. Danach kommt die ganze Proporzgeschichte usw. Aber ich glaube, diese Informationen machen dann tatsächlich böses Blut bei der Bevölkerung. Und deshalb, Herr Landeshauptmann, wäre es interessant, jedes Jahr diese vorhin angesprochene Rechnung am Ende zu haben, denn wenn wir groß durch die

Welt gehen und in unseren Statistiken ganz stolz verkündigen, was der Landesrat Benedikter immer gerne getan hat: "Wir haben das beste Gesetz der Welt, wir haben am meisten Geld usw." und dann feststellen müssen, dass wir trotz des vielen Geldes nicht imstande sind, das viele Geld auch nur auszugeben, aus Gründen, die natürlich vielfältig sein können, das wirft kein gutes Licht auf unser Land, auf die Verwaltung, auf das Wohnbauinstitut und auf den ex-Landeshauptmannstellvertreter Alfons Benedikter. Das, glaube ich, ist ein Aspekt, der geklärt werden müsste. Diese Rechnungslegung bezieht sich auf seine Amtsperiode und er ist noch heute dafür verantwortlich, tut mir leid für ihn. Das ist auf alle Fälle ein sehr wichtiges Problem und dem müsste man Abhilfe schaffen, um es ganz banal zu sagen, denn es nützen die besten Milliarden nichts, wenn man groß tut damit und danach nicht imstande ist, auch etwas daraus zu machen.

Das waren die wesentlichsten Punkte; den Rest kann man sich eigentlich ersparen. Noch mit dem letzten Hinweis, dass die Errichtung von Kommissionen und Beiräten weitergeht, also 1987 waren es 290 und in einem Jahre sind wir jetzt schon auf 300 dieser Beiräte gekommen, also wenn dieser Rhythmus beibehalten wird, dann natürlich kann man sich ja freuen, es sei dahingestellt, wie nützlich oder unnützlich Kommissionen sind oder nicht.

Der Rest würde das Personal betreffen, aber das kann ich Ihnen ersparen. Wie gesagt, wir haben damals gegen den Haushalt gestimmt und wir werden deshalb auch gegen diese Abschlussrechnung stimmen, obwohl wir eigentlich vom Prinzip her nichts einzuwenden haben, wie die Gebarung erfolgt ist, aber nachdem ja das eine mit dem anderen zusammenhängt und es ja auch um eine politische Bewertung geht, stimmen wir dagegen.

**KLOTZ (UFS):** Werter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst etwas, was natürlich zum Schmunzeln anregt: wenn im Bericht als besondere Leistung herausgestrichen wird, dass man fast jubelt, wenn hier befunden wird, die Rechnungslegung sei ordnungsgemäß. Im Grunde genommen haben wir doch nichts anderes zu erwarten, nicht? Es wäre schon eher eine Sensation. Es muss Anlass zur Genugtuung für die Vertreter der hiesigen Bevölkerung sein, wenn die Korrektheit der Verwaltung und die Fähigkeit der Bediensteten unseres Landes in der Verwaltung der öffentlichen Gelder bestätigt werden. Erlauben Sie, dass ich dazu ein wenig schmunzle.

Des Weiteren, wenn es als eine besondere Leistung erwähnt wird oder als ein Grund, besonders glücklich zu sein, dass die Übereinstimmung der Angaben über die Einnahmen mit beigelegten Unterlagen versehen sind, und dass die Angaben über die Ausgaben auch dann tatsächlich übereinstimmen. Also, es gehört da allerhand Kunst dazu, um dem etwas so Jubelhaftes abzugewinnen. Ich möchte aber nun vor allen Dingen zum Bericht des Rechnungshofes kommen und ganz einfach sagen, dass es ein Kunstwerk an Umschreibungen ist. Wenn hier die Rede von allgemeinen Schwierig-

keiten ist, die da nicht näher präzisiert werden, so kann man natürlich aufgrund der Debatten der letzten Jahre vermuten, um welche Schwierigkeiten es sich handelt, nämlich Liquidationsschwierigkeiten, weil wir alle wissen, dass der Staat mit der Zuweisung der Gelder an das Land ziemlich säumig ist. Einigermaßen erschreckend aber sind die Angaben auf Seite 72, dass nämlich der Verwaltungsfehlbetrag die Höhe von 262,2 Mrd. ausmacht und der finanzielle Fehlbetrag sich auf 433,2 Mrd. Lire beläuft. Dies wirkte sich stets da drinnen auch auf die Kassengebarung aus, natürlich, so dass sich im Laufe des Haushaltsjahres wie auch in den vorhergehenden Jahren Liquiditätsprobleme ergeben haben. Und nun sehen wir, worin diese Probleme konkret bestehen, nämlich dass das Land auf Kassenbevorschussungen zurückgreifen musste, für die Passivzinsen in Höhe von 9,7 Mrd. Lire entrichtet werden mussten. Das ist allerhand, fast 10 Mrd. Lire an Passivzinsen, eben aus diesen Kassenbevorschussungen. Mein Kollege Gerold Meraner ist unser größter Spezialist in dieser Angelegenheit. Er könnte umrechnen, wie viel das pro Tag pro Kopf im Land ausmacht, übertragen auf Wohnungen, wie viel Wohnungen man damit hätte bauen können, und dergleichen mehr. Ich bin überzeugt, das wäre auch eine sehr interessante Gegenüberstellung. Ich bin nicht eine so gute Kopfrechnerin, und deswegen musste ich mir das verkneifen.

Es ist des Weiteren die Rede davon, dass natürlich die Einnahmen ursprünglich auf 2.204,1 Mrd. Lire veranschlagt wurden, dass sie dann in der Haushaltsänderung auf 2.577,1 Mrd. gebracht wurden, dass sich aber die effektiven Einnahmen nur auf 1.979,5 Mrd. Lire beliefen. Das sind also rund 600 Mrd., die also noch ausständig sind. So liest man das hier heraus. Dann natürlich von den Beträgen, jeweils was für Zweckbindungen ausgegeben worden sind und für Investitionsausgaben, und da entnehmen wir, dass die Investitionsausgaben in geringerem Maße angestiegen sind. Das ist ja auch eines der Probleme, die jährlich wieder hier zutage treten, nämlich, dass man natürlich zu viele Zweckbindungen hat, so dass die Investitionsausgaben entsprechend geringer sind und dass das natürlich auf Kosten größerer Mobilität, auf Kosten auch ganz konkret der Wirtschaft in unserem Lande geht.

Dann ist hier die Rede von einem Passivsaldo bei den Eingängen von 5,1 Mrd. Lire. Kann das stimmen? Auf Seite 76 steht: "Die Kassengebarung schließt unter Berücksichtigung der Eingänge 2.196,4 Mrd. der Zahlungen, 2.113,4 Mrd. des anfänglichen Kassenfehlbetrages von 88,1 Mrd. mit einem Passivsaldo von 5,1 Mrd. ab". Das ist ein großer Posten, 5,1 Mrd. Das könnte man doch investieren, das könnte man doch anlegen.

Meine ganz konkrete Frage im Zusammenhang mit dieser Rechnungslegung: Wie viel insgesamt, auch einschließlich der Einnahmerückstände durch den Staat der vorhergehenden Jahre, wie viel Gelder sollten wir von Seiten des Staates bis heute haben? Es war einmal die Rede von 1.000 Mrd., die uns der Staat für die Jahre vor 1985 schuldete. Meine Frage ist, ob diese Gelder inzwischen eingetroffen sind und wie der heutige aktuelle Stand dieser Bilanz ist. Also, was der Staat heute noch dem Land schuldet, nicht nur für das heurige Jahr, sondern insgesamt auch für die vorhergehenden

den Jahre. Es wäre auch sehr interessant, vielleicht eine detaillierte Aufschlüsselung dieser Rückstände, dieser finanziellen Säumnisse einmal zu haben.

**HOLZMANN (MSI-DN):** Signor Presidente, il nostro giudizio su questo bilancio non potrà essere favorevole, e non solo per una questione politica. Senza adentrarci nel dettaglio della discussione, il giudizio politico è essenzialmente negativo, perché a nostro avviso non vengono centrate certe esigenze prioritarie. L'impegno ad esempio sul fronte dell'edilizia pubblica sovvenzionata, contenuto tra l'altro nell'accordo di coalizione e nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta provinciale, non trova poi riscontro nei bilanci che si sono succeduti in questi ultimi mesi. Riteniamo che certe tensioni sociali come quelle della casa debbano trovare adeguata rispondenza all'interno del bilancio provinciale, come pure ci sembra insufficiente l'impegno nei confronti dell'ambiente, tema tornato alla ribalta anche quest'oggi con una mozione, e torna alla ribalta molto spesso in questo Consiglio, però devono anche esserci delle risposte di carattere politico più chiare e precise. Noi crediamo che sul fronte dell'ambiente ci sia molto da fare e da dire. Sarà poi il capogruppo a fare le sue considerazioni più strettamente politiche sul bilancio, sul quale noi preannunciamo il voto contrario.

**MONTALI (MSI-DN):** Mi scuso di non essere stato presente in aula nel momento in cui era il mio turno di parlare, e chiedo anche scusa al mio collega Holzmann per averlo messo in imbarazzo nel sostituirmi. Lui ha parlato credo un minuto, io vorrei utilizzare tutta l'ora a mia disposizione, tenuto conto che questo rendiconto sul bilancio 1988 non vede di fronte a noi il responsabile della Giunta provinciale che ha gestito il bilancio dal 1948, cioè il dott. Magnago. Mi pare che invece dall'aspetto il responsabile di questo rendiconto non sia il presidente Magnago, per cui sarebbe anche un atto di poco rispetto nei confronti del Presidente della nuova Giunta andargli a contestare o fargli osservazioni e critiche relative ad un bilancio che non lo riguarda e per il quale è stato sufficientemente gentile e corretto addirittura di prendersi l'incarico di leggere la relazione che spetta all'Assessore alle finanze.

**MERANER (UFS):** Era coinvolto anche lui notevolmente!

**MONTALI (MSI-DN):** Qui non si coinvolge mai nessuno, consigliere Meraner. Avrai visto che ognuno si fa i fatti suoi e tutti gli 11 componenti della Giunta riversano sull'Assessore competente le responsabilità, salvo firmare tutti assieme documenti storici di accordo di coalizione o di maggioranza. Tanto è vero che stiamo sempre verificando che tutte le mozioni che coinvolgono l'Assessore specifico, ma sono documenti che impegnano la Giunta, dovrebbero poter avere rispondenza e trattazione anche se l'Assessore competente manca.

La discussione sul consuntivo è una delle tante procedure che devono essere fatte, perché ho l'impressione che non sia pensabile che le parti politiche che hanno appoggiato o votato il preventivo o che lo hanno avversato possano, con qualsiasi motivazione, oggi assumere un atteggiamento diverso, tenuto anche conto che questi tre volumi del consuntivo non li ha letti nessuno.

La collega Klotz mi dà ragione.

Per controllare il consuntivo ci vorrebbero dei controlli quasi da computer, controllare pagina per pagina se il preventivo è stato poi rispettato. Siccome questi controlli sono riservati all'iniziativa della mozione che abbiamo votato e che ha dato 3 anni di tempo per andare a verificare quale sarà la temperatura della Val d'Isarco nel 1990, metterci qui a controllare e informare la popolazione di come sono stati spesi i soldi sarebbe più che giusto, ma non dopo tre anni.

Abbiamo votato contro per motivi più politici che tecnici sul bilancio di previsione, perché è noto che l'esame di un bilancio coinvolge gli indirizzi politici di un'amministrazione e di una maggioranza e non è legato alle impostazioni finanziarie del bilancio. Ringraziamo il Presidente della Giunta che ha inaugurato delle nuove ere, che speriamo siano anche di carattere finanziario, di aver sostituito il Presidente che avrebbe dovuto rispondere di questo bilancio.

Coerenti con il voto al bilancio di previsione voteremo contro, risparmiando 52 minuti di tempo, cosa che qualcun altro non dovrebbe fare per giustificare questa inversione di tendenza e di dichiarazione.

**DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP):** Ich darf nur zwei, drei Worte sagen, weil hier nun an und für sich nur Anregungen gemacht worden sind und keine direkten Fragen gestellt worden sind. Deshalb vielleicht nur eine einzige Antwort auf eine Frage von Frau Kollegin Klotz, wie viel der Staat zur Zeit dem Land schuldet. Es sind ungefähr, es lässt sich nicht ganz genau feststellen, zwischen 1.100 und 1.200 Mrd. Lire.

**PRÄSIDENTIN:** Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. Die Generaldebatte ist geschlossen.

Wir stimmen über den Übergang zur Sachdebatte ab: bei 6 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

*Art. 1*

*Einnahmen*

- 1. Die Einnahmen, die im Haushaltsjahr 1988 für dieses festgestellt wurden, betragen 1.979.518.569.865 Lire.*
- 2. Die Einnahmerückstände, die bei Abschluss des Haushaltsjahres 1987 1.369.750.387.605 Lire betragen, belaufen sich auf Grund der Mehr- und Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 1988 auf 1.371.216.666.997 Lire.*



3. Die Einnahmerückstände am 31.12.1988 betragen insgesamt 1.154.280.644.828 Lire; davon betreffen 1.012.499.555.242 Lire noch einzuhebende Beträge aus dem Haushaltsjahr 1988 und 141.781.089.586 Lire noch einzuhebende Beträge aus den vorhergehenden Haushaltsjahren.

-----

Art. 1

Entrate

1. Le entrate accertate nell'esercizio finanziario 1988 per la competenza propria dell'esercizio risultano stabilite in lire 1.979.518.569.865.
2. I residui attivi determinati alla chiusura dell'esercizio 1987 in lire 1.369.750.387.605 risultano stabiliti – per effetto di maggiori e minori entrate verificatesi nel corso della gestione 1988 – in lire 1.371.216.666.997.
3. I residui attivi al 31.12.1988 ammontano complessivamente a lire 1.154.280.644.828, di cui lire 1.012.499.555.242 per somme rimaste da riscuotere in conto dell'esercizio 1988 e lire 141.781.089.586 per somme rimaste da riscuotere in conto degli esercizi finanziari precedenti.

Wer wünscht das Wort? Niemand. So stimmen wir ab: bei 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Art. 2

Ausgaben

1. Die Ausgaben, die im Haushaltsjahr 1988 für dieses zweckgebunden wurden, betragen 2.412.727.431.775 Lire.
2. Die Ausgaberrückstände, die bei Abschluss des Haushaltsjahres 1987 1.172.114.284.925 Lire betragen, belaufen sich auf Grund von Einsparungen, Verjährung und verwaltungsmäßigem Verfall, die im Laufe des Haushaltsjahres 1988 eingetreten sind, auf 1.112.452.148.875 Lire.
3. Die Ausgaberrückstände am 31.12.1988 betragen insgesamt 1.411.763.042.545 Lire; davon betreffen 929.137.042.585 Lire noch auszahlende Beträge aus dem Haushaltsjahr 1988 und 482.625.999.960 Lire noch auszahlende Beträge aus den vorhergehenden Haushaltsjahren.

-----

Art. 2

Spese

1. Le spese impegnate nell'esercizio finanziario 1988 per la competenza propria dell'esercizio risultano stabilite in lire 2.412.727.431.775.
2. I residui passivi determinati alla chiusura dell'esercizio 1987 in lire 1.172.114.284.925, risultano stabiliti – per effetto di economie, perenzioni e prescrizioni verificatesi nel corso della gestione 1988 – in lire 1.112.452.148.875.
3. I residui passivi al 31.12.1988 ammontano complessivamente a lire 1.411.763.042.545, di cui lire 929.137.042.585 per somme rimaste da pagare in conto dell'esercizio 1988 e lire 482.625.999.960 per somme rimaste da pagare in conto degli esercizi finanziari precedenti.

Wer wünscht das Wort? Niemand. So stimmen wir ab: bei 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Art. 3

Verwaltungsrechnung

1. Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 1988 beträgt nach der folgenden Berechnung 262.611.982.978 Lire:

Kassenfehlbetrag zu Beginn des Haushaltsjahres 1988	88.167.639.190 Lire
Auszahlungen	(+) <u>2.113.416.538.105 Lire</u>
	2.201.584.177.295 Lire
Einhebungen	(-) <u>2.196.454.592.034 Lire</u>
Kassenfehlbetrag bei Abschluss des Haushaltsjahres 1988	5.129.585.261 Lire
Ausgaberrückstände	(+) <u>1.411.763.042.545 Lire</u>
	1.416.892.627.806 Lire
Einnahmerückstände	(-) <u>1.154.280.644.828 Lire</u>
Fehlbetrag des Haushaltsjahres 1988	<u>262.611.982.978 Lire</u>

-----  
Art. 3

Conto di amministrazione

1. Il disavanzo dell'esercizio finanziario 1988, di lire 262.611.982.978, risulta stabilito come segue:

Deficit di cassa all'inizio dell'esercizio 1988	Lire 88.167.639.190
Pagamenti	(+) <u>Lire 2.113.416.538.105</u>
	Lire 2.201.584.177.295
Riscossioni	(-) <u>Lire 2.196.454.592.034</u>
Deficit di cassa alla chiusura dell'esercizio 1988	Lire 5.129.585.261
Residui passivi	(+) <u>Lire 1.411.763.042.545</u>
	Lire 1.416.892.627.806
Residui attivi	(-) <u>Lire 1.154.280.644.828</u>
Disavanzo dell'esercizio finanziario 1988	<u>Lire 262.611.982.978</u>

Wünscht jemand das Wort? Niemand. So stimmen wir ab: bei 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 4

Vermögenslage

1. Die Vermögenslage des Landes bei Abschluss des Haushaltsjahres 1988 ist die Folgende:

FINANZIELLE AKTIVA	
Bestand am 1.1.1988	1.369.750.387.605 Lire
Erhöhungen	1.012.499.555.242 Lire
Verminderungen	<u>1.227.969.298.019 Lire</u>
Bestand am 31.12.1988	<u>1.154.280.644.828 Lire</u>

<b>KREDITE UND BETEILIGUNGEN</b>	
Bestand am 1.1.1988	170.582.837.505 Lire
Erhöhungen	80.797.414.029 Lire
Verminderungen	<u>15.329.923.183 Lire</u>
Bestand am 31.12.1988	<u>236.050.328.351 Lire</u>
<b>VERMÖGENSGÜTER</b>	
Bestand am 1.1.1988	428.071.067.332 Lire
Erhöhungen	124.825.718.550 Lire
Verminderungen	<u>80.911.846.768 Lire</u>
Bestand am 31.12.1988	<u>471.984.939.114 Lire</u>
<b>FINANZIELLE PASSIVA</b>	
Bestand am 1.1.1988	1.260.281.924.115 Lire
Erhöhungen	3.042.553.580.690 Lire
Verminderungen	<u>2.885.942.876.999 Lire</u>
Bestand am 31.12.1988	<u>1.416.892.627.806 Lire</u>
<b>VERMÖGENSPASSIVA</b>	
Bestand am 1.1.1988	42.511.436.323 Lire
Erhöhungen	37.299.621.715 Lire
Verminderungen	<u>25.286.675.413 Lire</u>
Bestand am 31.12.1988	<u>54.524.382.625 Lire</u>
<b>NETTOVERMÖGEN</b>	
Bestand am 1.1.1988	665.610.932.004 Lire
Bestand am 31.12.1988	<u>390.898.901.862 Lire</u>
Verschlechterung der Vermögenslage Im Haushaltsjahr 1988	<u>274.712.030.142 Lire</u>

-----

**Art. 4**

**Situazione patrimoniale**

1. La situazione patrimoniale della Provincia alla chiusura dell'esercizio finanziario 1988 rimane stabilito come segue:

<b>ATTIVITA' FINANZIARIE</b>	
Consistenza all'1.1.1988	1.369.750.387.605 Lire
Aumenti	1.012.499.555.242 Lire
Diminuzioni	<u>1.227.969.298.019 Lire</u>
Consistenza al 31.12.1988	<u>1.154.280.644.828 Lire</u>

<b>CREDITI E PARTECIPAZIONI</b>	
Consistenza all'1.1.1988	170.582.837.505 Lire
Aumenti	80.797.414.029 Lire
Diminuzioni	<u>15.329.923.183 Lire</u>
Consistenza al 31.12.1988	<u>236.050.328.351 Lire</u>

<b>BENI PATRIMONIALI</b>	
Consistenza all'1.1.1988	428.071.067.332 Lire
Aumenti	124.825.718.550 Lire
Diminuzioni	<u>80.911.846.768 Lire</u>
Consistenza al 31.12.1988	<u>471.984.939.114 Lire</u>

<i>PASSIVITA' FINANZIARIE</i>	
<i>Consistenza all'1.1.1988</i>	<i>1.260.281.924.115 Lire</i>
<i>Aumenti</i>	<i>3.042.553.580.690 Lire</i>
<i>Diminuzioni</i>	<i><u>2.885.942.876.999 Lire</u></i>
<i>Consistenza al 31.12.1988</i>	<i><u>1.416.892.627.806 Lire</u></i>
<hr/> <hr/>	
<i>PASSIVITA' PATRIMONIALI</i>	
<i>Consistenza all'1.1.1988</i>	<i>42.511.436.323 Lire</i>
<i>Aumenti</i>	<i>37.299.621.715 Lire</i>
<i>Diminuzioni</i>	<i><u>25.286.675.413 Lire</u></i>
<i>Consistenza al 31.12.1988</i>	<i><u>54.524.382.625 Lire</u></i>
<hr/> <hr/>	
<i>PATRIMONIO NETTO</i>	
<i>Consistenza all'1.1.1988</i>	<i>665.610.932.004 Lire</i>
<i>Consistenza al 31.12.1988</i>	<i><u>390.898.901.862 Lire</u></i>
<i>Peggioramento dell'esercizio 1988</i>	<i><u>274.712.030.142 Lire</u></i>

Wer wünscht das Wort? Die Abgeordnete Klotz hat das Wort.

**KLOTZ (UFS):** Frau Präsidentin! Es geht hier heute um die Ausstattung der Politik in Südtirol. Es ist also im Grunde eine sehr wichtige Angelegenheit und ich stelle fest, dass die Mehrheit, wenn die Opposition hier nicht vertreten ist, nicht einmal anwesend ist und insofern also nicht in der Lage wäre, diese Rechnungslegung abzusprechen. Auf der einen Seite wird der Haushalt des Landes und die Politik des Landes immer so sehr gelobt, und wenn es dann darauf ankommt, auch tatsächlich hier zu sein, wenn darüber abgestimmt wird, dann ist die Mehrheit nicht vorhanden.

Aus diesem Grunde, um einmal zu beweisen, dass ohne die Opposition die Rechnungslegung und meistens auch der Haushaltsvoranschlag gar nicht über die Bühne gehen könnte, aus diesem Grund, Frau Präsidentin, sehe ich mich gezwungen, aus Prinzip die Beschlussfähigkeit feststellen zu lassen, damit die Leute, die sonst die Politik dieses Landes so hochjubeln, auch einmal wissen, dass sie hier zu sein haben, wenn es dann konkret darum geht, das auch mit in der Tat zu beweisen, sei es auch nur durch die Präsenz bei der Abstimmung.

**PRÄSIDENTIN:** Wünscht noch jemand das Wort über den Artikel 4? Niemand. So stimmen wir darüber ab: bei 15 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben.

Die Sitzung wird unterbrochen.

ORE 16.07 UHR

-----

ORE 16.40 UHR

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung wird fortgesetzt.

Wir stimmen über den Artikel 4 ab: bei 5 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Art. 5

*Einnahmen*

1. Die Einnahmen, die im Haushaltsjahr 1988 für dieses festgestellt wurden, betragen 3.839.067.379 Lire.
2. Am 31.12.1988 sind keine Einnahmerückstände zu verzeichnen

-----

Art. 5

*Entrate*

1. Le entrate accertate nell'esercizio finanziario 1988 per la competenza propria dell'esercizio risultano stabilite in lire 3.839.067.379.
2. Al 31.12.1988 non risultano residui attivi.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: bei 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Art. 6

*Ausgaben*

1. Die Ausgaben, die im Haushaltsjahr 1988 für dieses zweckgebunden wurden, betragen 3.851.287.193 Lire.
2. Die Ausgaberrückstände, die bei Abschluss des Haushaltsjahres 1987 3.999.555 Lire betragen, belaufen sich auf Grund von Einsparungen während der Gebarung 1988 auf 3.896.205 Lire.
3. Die Ausgaberrückstände am 31.12.1988 betragen insgesamt 1.536.403.900 Lire und betreffen noch auszahlende Beträge aus dem Haushaltsjahr 1988.

-----

Art. 6

*Spese*

1. Le spese impegnate nell'esercizio finanziario 1988 per la competenza propria dell'esercizio risultano stabilite in lire 3.851.287.193.
2. I residui passivi determinanti alla chiusura dell'esercizio 1987 in lire 3.999.555, risultano stabiliti – per effetto di economie verificatesi nel corso della gestione 1988 – in lire 3.896.205.
3. I residui passivi al 31.12.1988 ammontano complessivamente a lire 1.536.403.900 per somme rimaste da pagare in conto dell'esercizio 1988.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: bei 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Art. 7

*Verwaltungsrechnung*

1. Der Finanzüberschuss des Haushaltsjahres 1988 beträgt nach der folgenden Berechnung 34.549.723 Lire:  
Kassenstand zu Beginn des Haushalts-

jahres 1988	8.665.742 Lire
Einhebungen	(+) <u>3.881.067.379 Lire</u>
	3.889.733.121 Lire
Zahlungen	(-) <u>2.318.779.498 Lire</u>
Kassenstand bei Abschluss des Haushaltsjahres 1988	1.570.953.623 Lire
Einnahmerückstände	<u>0 Lire</u>
	1.570.953.623 Lire
Ausgaberrückstände	(-) <u>1.536.403.900 Lire</u>
Finanzüberschuss des Haushaltsjahres 1988	<u>34.549.723 Lire</u>

-----  
Art. 7

Conto di amministrazione

1. L'avanzo dell'esercizio finanziario 1988, di lire 34.549.723, risulta stabilito come segue:

Fondo di cassa all'inizio dell'esercizio	Lire 8.665.742
Riscossioni	(+) <u>Lire 3.881.067.379</u>
	Lire 3.889.733.121
Pagamenti	(-) <u>Lire 2.318.779.498</u>
Fondo di cassa alla chiusura dell'esercizio 1988	Lire 1.570.953.623
Residui attivi	<u>Lire 0</u>
	Lire 1.570.953.623
Residui passivi	(-) <u>Lire 1.536.403.900</u>
Avanzo dell'esercizio finanziario 1988	<u>Lire 34.549.723</u>

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: bei 2 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Art. 8

Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung

1. Die allgemeine Rechnungslegung des Landes für das Haushaltsjahr 1988, bestehend aus der Finanzrechnung, der Haushaltsgebarung und aus der allgemeinen Vermögensrechnung, ist genehmigt.

2. Die Rechnungslegung der Landesfeuerwehrekasse für das Haushaltsjahr 1988, die der allgemeinen Rechnungslegung des Landes beigelegt ist, ist genehmigt.

-----  
Art. 8

Approvazione del rendiconto generale

1. E' approvato il rendiconto generale della Provincia per l'esercizio finanziario 1988 nelle componenti del conto finanziario relativo alla gestione del bilancio e del conto generale del patrimonio.

2. E' approvato il rendiconto della Cassa provinciale antincendi per l'esercizio finanziario 1988, allegato al rendiconto generale della Provincia.

Wer wünscht das Wort? Niemand. So stimmen wir ab: bei 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Wer wünscht das Wort zur Stimmabgabeerklärung? Niemand. Wir stimmen über den Gesetzentwurf ab. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)*

Die Beschlußfähigkeit ist nicht gegeben. Die Sitzung wird für eine Stunde unterbrochen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 16.53 UHR

-----

ORE 18.07 UHR

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung wird fortgesetzt.

Ich bitte die Fraktionssprecher, fünf Minuten zu einer kurzen Sitzung zusammenzukommen, wegen der Prozedur, dabei ersuche ich die Abgeordneten, im Saale zu bleiben.

-----

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Die Abgeordnete Klotz hat das Wort.

**KLOTZ (UFS):** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen, verehrte Kollegen der Mehrheitsparteien! Wir Oppositionsvertreter haben uns darauf geeinigt, dass wir an der Abstimmung teilnehmen werden, sowohl was die Rechnungslegung des Landes anbelangt, als auch dann die nachher zu behandelnde Personalordnung, Stellenplan des Personals. Wir wollten der Mehrheit signalisieren, daß sie die Verpflichtung hat, seien es nun einfache Gesetze, seien es Beschlussanträge, aber vor allen Dingen so hochpolitische Angelegenheiten, wie eben die Dotierung der Arbeiten hier, die Ausstattung mit den entsprechenden Finanzen – und dazu gehört natürlich auch die Rechnungslegung -, daß sie dann auch hierzusein haben und sich nicht darauf verlassen dürfen, daß schon die Oppositionsvertreter hier praktisch die Zahl vollmachen werden. Auch wir hätten andere Verpflichtungen, vielleicht teilweise noch mehr als die der Mehrheitsparteien, die ohnehin durch Landesräte vertreten werden, auch wir hätten andere Dinge zu tun, aber wir sehen unsere erste Pflicht schon darin, daß wir im Saal anwesend sind und an den Sitzungen teilnehmen. Wir wollten das nur gesagt haben. Wir wollen jetzt hier demonstrieren, daß wir Kooperationsbereitschaft haben, daß wir bereit sind, eine minimale Funktionsfähigkeit des Landtages mit aufrechtzuerhalten, aber wir wollen schon darauf hinweisen, daß wir in Zukunft erwarten, daß die 25 Mitglieder, die die Mehrheit stellt, auch anwesend sind,

denn immerhin geht es hier um Dinge, die vor allen Dingen nach ihren Vorstellungen ablaufen.

**HOLZMANN (MSI-DN):** Prendo la parola a nome del gruppo del Movimento Sociale Italiano per ribadire quanto detto dalla collega Klotz. Si è ritenuto in seduta di capigruppo di garantire la nostra presenza per le successive votazioni stigmatizzando comunque il fatto che tra i membri della maggioranza, che sono 25, in aula ne siano presenti 13, mentre di quelli dell'opposizione, che sono 10, ve ne siano 9. Crediamo, visto che il bilancio è espressione politica della maggioranza, che la maggioranza per il futuro debba avere maggiore attenzione per tutta la sua attività politica svolta nei mesi scorsi.

**PRÄSIDENTIN:** Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. So stimmen wir über den Gesetzentwurf ab. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 21, 13 Ja, 7 Nein, 1 weißer Stimmzettel. Der Landtag genehmigt das Gesetz.

Punkt 13 der Tagesordnung: "**Änderung der Personalordnung und des Stellenplanes des Südtiroler Landtages.**"

Punto 13) dell'ordine del giorno: "**Modifica del Regolamento del personale e della pianta organica del Consiglio provinciale.**"

Ich verlese den Beschlußentwurf des Präsidiums:

*Nach Einsichtnahme in den eigenen Beschluß Nr. 7/89 vom 8.11.1989, betreffend die Genehmigung der Planstellen- und Personalordnung des Südtiroler Landtages;*

*festgestellt, daß im Entwurf zu besagtem Beschluß der Widerruf der abzuschaffenden Beschlüsse unterlassen worden ist, weshalb der Beschluß selbst auf einer falschen Voraussetzung fußt und damit widerrufen werden muß,*

*beschließt*

*der Südtiroler Landtag*

*mit Stimmeneinhelligkeit: der eigene Beschluß Nr. 7/89 vom 8.11.1989 ist widerrufen.*

-----

*Vista la propria deliberazione n. 7/89 dell'8.11.1989 relativa all'approvazione del regolamento organico del personale e della pianta organica del Consiglio provinciale;*

*rilevato che nella proposta in merito a detta deliberazione non è stata prevista la revoca delle deliberazioni da abolire, sicchè la deli-*



*berazione stessa parte da presupposti errati e che pertanto deve essere revocata,*  
*il Consiglio della provincia autonoma di Bolzano*  
*delibera*  
*all'unanimità di voti: la propria deliberazione n. 7/89 dell'8.11.1989 è revocata.*

Wünscht jemand das Wort? Niemand. So stimmen wir über diesen Beschlußentwurf ab: einstimmig genehmigt.

Ich verlese die neue Beschlußfassung:

*Festgestellt, daß mit Beschluß des Südtiroler Landtages vom 14.6.1960, veröffentlicht im Amtsblatt der Region Nr. 32 vom 26. Juli 1960, die Personalordnung des Südtiroler Landtages erlassen und der Stellenplan errichtet worden sind;*  
*in Anbetracht, daß mit den Landtagsbeschlüssen Nr. 4/190/72 vom 25.7.1972, Nr. 5/74 vom 11.6.1974, Nr. 10/79 vom 19.6.1979, Nr. 13/79 vom 18.12.1979, Nr. 8/81 vom 12.6.1981, Nr. 3/83 vom 10.5.1983, Nr. 3/86 vom 8.4.1986, Nr. 5/86 vom 21.5.1986, Nr. 7/86 vom 23.9.1986, Nr. 9/87 vom 14.7.1987, Nr. 10/87 vom 14.7.1987, Nr. 6/88 vom 23.2.1988, Nr. 9/88 vom 12.7.1988, Nr. 12/88 vom 21.10.1988, eine Erweiterung bzw. Änderung des Stellenplanes oder Änderungen der Personalordnung genehmigt worden sind;*  
*festgestellt, daß mit Präsidiumsbeschluß Nr. 42/87 vom 16.6.1987 die endgültigen Berufsbilder genehmigt worden sind, daß mit Präsidiumsbeschluß Nr. 12/88 vom 12.2.1988 das Berufsbild für Übersetzer/Dolmetscher abgeändert worden ist, und daß mit Präsidiumsbeschluß Nr. 38/88 vom 20.5.1988 das Berufsbild für Verwaltungssachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit geschaffen worden ist;*  
*festgestellt, daß mit Präsidiumsbeschluß Nr. 45/88 vom 15.6.1988 das Plansoll der IX. und VIII. Funktionsebene festgelegt worden ist;*  
*hervorgehoben, daß mit Beschluß des Landtages Nr. 1/89 vom 26.4.1989 der Sonderstellenplan für Übersetzer/Dolmetscher abgeschafft worden ist und 6 Stellen für Übersetzer/Dolmetscher in der VII. Funktionsebene errichtet worden sind;*  
*festgestellt, daß das Präsidium des Südtiroler Landtages mit Beschluß Nr. 69/89 vom 1.9.1989 die Schaffung einer Journalistenstelle vorgeschlagen hat, welche durch einen öffentlichen Wettbewerb zu vergeben ist und mit Beschluß Nr. 85/89 vom 26.10.1989 vorgeschlagen hat, die beiliegende Personalordnung zu genehmigen, sowie mit Beschluß Nr. 70/89 vom 1.9.1989 vorgeschlagen hat, den Artikel 9/bis in die Personalordnung einzufügen;*  
*festgestellt, daß die Bestimmung laut Artikel 7 des Reglements über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Außendienstvergütungen und Beiträge an die Landtagsfraktionen sinngemäß in die Personalordnung zu übertragen ist;*  
*Dies vorausgeschickt,*  
*beschließt*  
*der Südtiroler Landtag:*

1. Es ist der allgemeine Stellenplan des Südtiroler Landtages errichtet. Das Plansoll desselben, getrennt nach Funktionsebenen, geht aus der diesem Beschluß beigelegten Tabelle hervor.
2. Aufgrund der Errichtung des allgemeinen Stellenplanes sind folgende Stellenpläne aufgehoben: - Verwaltungsstellenplan – Sonderstellenplan für das Rechtsamt
3. Der Stellenplan des Landtages wird um eine Stelle für Journalisten erweitert.
4. Die Personalordnung des Südtiroler Landtages wird in der vom Präsidium vorgeschlagenen Fassung genehmigt und setzt die frühere außer Kraft.
5. Die aus diesem Beschluß erwachsende Mehrausgabe wird dem Kapitel 21 des Landtagshaushaltes angelastet.
6. Der diesem Beschluß beiliegende Stellenplan bzw. die beiliegende Personalordnung sind wesentliche und integrierende Bestandteile des Beschlusses selbst und werden im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol veröffentlicht.
7. Im Reglement, betreffend die Bestimmungen über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Außendienstvergütungen und Beiträge an die Landtagsfraktionen, in geltender Fassung wird Artikel 7 gestrichen.

-----

Constatato che con deliberazione del Consiglio provinciale del 14 giugno 1960, pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige n. 32 del 26 luglio 1960, è stato approvato il Regolamento organico del personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano e istituita la pianta organica;

considerate le seguenti deliberazioni del Consiglio provinciale n. 4/190/72 del 25.7.1972, n. 5/74 dell'11.6.1974, n. 10/79 del 19.6.1979, n. 13/79 del 18.12.1979, n. 8/81 del 12.6.1981, n. 3/83 del 10.5.1983, n. 3/86 dell'8.4.1986, n. 5/86 del 21.5.1986, n. 7/86 del 23.9.1986, n. 9/87 del 14.7.1987, n. 10/87 del 14.7.1987, n. 6/88 del 23.2.1988, n. 9/88 del 12.7.1988, n. 12/88 del 21.10.1988, con le quali sono stati approvati ampliamenti risp. modifiche della pianta organica oppure modifiche del Regolamento organico del personale;

constatato che con deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 42/87 del 16 giugno 1987 sono stati approvati i profili professionali definitivi, che con deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 12/88 del 12 febbraio 1988 è stato modificato il profilo professionale per traduttori/interpreti, e che con deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 38/88 del 20 maggio 1988 è stato approvato il profilo professionale per assistenti amministrativi per le relazioni pubbliche;

constatato, che con la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 45/88 del 15 giugno 1988 sono stati definiti i posti nella pianta organica della IX e VIII qualifica funzionale;

rilevato che il Consiglio provinciale con deliberazione n. 1/89 del 26 aprile 1989 ha abrogato il ruolo speciale dei traduttori/interpreti e istituito 6 posti per traduttori/interpreti nella VII qualifica funzionale;

constatato, che l'Ufficio di Presidenza del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano con propria deliberazione n. 69/89 del 1° settembre 1989 ha proposto l'istituzione di un posto di giornalista, da assegnare in seguito a pubblico concorso e con deliberazione n.

*85/89 del 26 novembre 1989 ha proposto di approvare l'allegato Regolamento organico del personale, nonché con deliberazione n. 70/89 del 1° settembre 1989 ha proposto di inserire l'articolo 9/bis nel Regolamento organico del personale;*

*constatato, che la disposizione di cui all'articolo 7 del Regolamento delle indennità, compensi, trattamento di missione e contributi ai gruppi consiliari è da inserire nel Regolamento organico del personale;*

*un tanto premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera:*

- 1. E' istituito la pianta organica generale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano. I relativi posti, suddivisi per qualifiche funzionali, sono riportati nella tabella allegata alla presente deliberazione.*
- 2. In seguito dell'istituzione della pianta organica generale sono abrogati i seguenti ruoli: - ruolo amministrativo – ruolo speciale di Ragioneria*
- 3. La pianta organica del Consiglio provinciale viene ampliato di un posto per giornalisti.*
- 4. Il Regolamento organico del personale come proposto dall'Ufficio di Presidenza viene approvato ed abolisce quella preesistente.*
- 5. La maggiore spesa derivante dalla presente deliberazione sarà imputata al capitolo 21 del bilancio del Consiglio provinciale.*
- 6. La pianta organica nonché il Regolamento organico del personale allegati alla presente deliberazione sono parti essenziali ed integranti della deliberazione stessa e verranno pubblicati nel Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige.*
- 7. Nel testo coordinato del Regolamento delle indennità, compensi, trattamento di missione e contributi ai gruppi consiliari viene stralciato l'articolo 7.*

Wer wünscht das Wort? Niemand. So stimmen wir darüber ab: einstimmig genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.22 UHR

## SITZUNG 35. SEDUTA

**15.11.1989**

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Achmüller (36)  
Benedikter (5,19,43,44)  
Bolognini (41)  
Brugger (25)  
Durnwalder (56)  
Franzelin-Werth (4,43)  
Frasnelli (5,19,33,45)  
Holzmann (24,55,64)  
Klotz (22,40,53,60,63)  
Meraner (55)  
Montali (44,55)  
Saurer (26)  
Sfondrini (23)  
Tribus (20,38,46,51)  
Viola (16,29,42)